

Modi und Objekte politischer Kommunikation

Über Sprachspiele der Politik und den Vergleich von Deliberationsprozessen

Felix Heidenreich*

Schlüsselwörter: Deliberation, Inhaltsanalyse, Sprachspiele, Deliberationsmodi, deliberative Demokratie

Abstract: Die politikwissenschaftliche Deliberationsforschung kann heute auf ein breites Spektrum an empirischen Studien verweisen. In der Verflechtung zwischen theoretischen und empirischen Ansätzen hat dabei stets die Frage verschiedener *Modi der Deliberation* ein besonderes Maß an Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Von der idealtypischen Deliberation unter Laborbedingungen bis zum *bargaining*, *story-telling* und zur rhetorischen Manipulation in der Wirklichkeit lässt sich ein breites Spektrum von Verfahrensweisen unterscheiden. Die empirische Forschung konzentriert sich meist auf die Gelingensbedingungen von Deliberation: Gruppengröße, Gruppenzusammensetzung, Moderation oder Selbstorganisation, öffentlich oder nicht-öffentlich – all diese Faktoren, das „Wie“ der Deliberation, werden auf eine mögliche Korrelation mit dem Rationalitätsniveau der Deliberation befragt. Bewusst ausgeklammert blieb dabei meist die Frage, inwiefern die Themen, das „Was“ der Deliberation, die jeweiligen Modi mitbestimmen. Der Intuition, wonach beispielsweise die Deliberation über Wertfragen anders verlaufen wird als ein Austausch über Verteilungsfragen, versucht der Beitrag mit dem Vorschlag eines konzeptionellen Analyserasters gerecht zu werden, das es erlaubt, das komplexe Spiel zwischen Modi und Objekten der Deliberation zu durchleuchten. Wittgensteins Begriff des Sprachspiels wird dabei als konzeptioneller Rahmen zur Differenzierung von Sprachfeldern vorgeschlagen, die je eigene Argumentationslogiken implizieren. Aus dieser Perspektive ergibt sich zum einen ein spezifisches Verständnis des Sprachspiels der Politik; zum anderen eröffnet diese Heuristik die Möglichkeit, neben den Rahmenbedingungen und der Qualität von Deliberationsprozessen auch deren Objekte empirisch zu operationalisieren. Der *Discourse Quality Index (DQI)* könnte so durch einen *Discourse Content Index (DCI)* ergänzt werden.

Abstract: The research on deliberation in Political Sciences has produced a vast amount of very elaborated empirical studies. The different *modes of deliberation* have from the beginning attracted a specific interest in the debate between more theoretical approaches on the one hand and empirical research on the other hand. The vast range of different modes of deliberation starts with reason-giving in specific settings, includes mechanisms of bargaining in real-world deliberation and narrative techniques such as story-telling. It ends with sophisticated rhetorical manipulation at the other side of the spectrum. Large parts of contemporary studies have focused on the institutional settings and conditions of deliberation. A common aim is to capture the effects these elements have on the modes and results of deliberation. The question of how and to what degree *the object*, the topic of the debate, co-defines the modes of deliberation, has rarely been raised. This paper follows the basic intuition that, e.g., questions of values are being discussed in a fairly different way than for instance questions of distribution. By proposing a framework based on Wittgenstein's concept of "language-games" the paper proposes to shed light on the complex interaction between modes and objects of deliberation and thereby hopes to inspire future empirical studies by delivering a framework which can be operationalized for empirical studies. The *Discourse Quality Index (DQI)* could thereby be complemented by a *Discourse Content Index (DCI)*.

* Dr. Felix Heidenreich, Universität Stuttgart
Kontakt: felix.heidenreich@izkt.uni-stuttgart.de

1. Einleitung: *Wie sprechen wir über was?*

Die Deliberationsforschung ist heute ebenso ausgereift wie differenziert und scheint, betrachtet man die neueren Publikationen, in eine Phase zu treten, in der synthetisierende Sichtungen des breiten Spektrums an Studien gleichermaßen gefragt wie angemessen sind (vgl. zum Beispiel Bächtiger/Tschentscher 2007; Schaal/Ritzi 2009; Bächtiger et alii 2010b; Landwehr/Schmalz-Bruns 2014; kritisch akzentuierte Übersichten: Fuchs 2014; Flügel-Martinsen et al. 2014; ideengeschichtlich: Niesen 2014). Die Phase eines coming-of-age hat die Deliberationsforschung folglich hinter sich; längst dominieren methodische Fragen die Debatte. Es konkurrieren Ansätze, die Versuchsanordnungen in sehr enger Beobachtung in den Blick nehmen mit jenen diskursanalytischen Vorgehensweisen, die textbasiert nachzuzeichnen versuchen, wie Argumente gestaltet und rezipiert werden. Grundlegende Einwände gegen die normativen Voraussetzungen und Implikationen der Deliberationstheorie, die sich oft auf die Machttheorie Foucaults oder die Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe beziehen, finden durchaus Gehör, sind aber nur selten mit der empirischen Forschung verknüpft.¹

Ein Höchstmaß an Differenzierungen hat in der Geschichte dieser Forschung die Analyse verschiedener *Modi der Deliberation* erfahren. Seit Jane Mansbridge gefordert hatte, dem als zu idealistisch eingeschätzten Modell aus „Faktizität und Geltung“ durch Anpassungen an die Wirklichkeit eine „realistischere“ Form zu geben (Mansbridge et al. 2010), ist die Diskussion darüber, welche Formen von Sprachhandeln als Deliberation zu gelten haben, nicht abgerissen. Einen sehr ausdifferenzierten Vorschlag haben Bächtiger et al. (2010a) mit der Unterscheidung von verschiedenen Diskurstypen vorgelegt. Das Spektrum verschiedener Diskurstypen reicht in diesem Modell von der „Protodeliberation“ eines formlosen Gesprächs, das Arbeitskollegen beiläufig zwischen Tür und Angel führen, über ausführlichere Diskussionen im politischen Raum bis zur formalisierten, hochkonzentrierten Konsensfindung in Ausschüssen eines Parlaments oder den Kammern eines Verfassungsgerichts.²

Auf der Basis dieser Differenzierungen konzentriert sich die Forschung auf die Untersuchung eines Wirkzusammenhangs zwischen institutionellen Rahmensetzungen (a) und der Qualität der Deliberation (b). Impliziert ist dabei in der Regel jene von Habermas prägend formulierte These, wonach die Qualität der Rahmenbedingungen (a) eine komplex vermittelte Wirkung auf die Qualität der Deliberation, ihre Ergebnisse und damit auch ihre Akzeptabilität (b) hat. Zwar wurde hier nie ein triviales Kausalitätsverhältnis der Art „wenn a, dann b“ angenommen; die Komplexität der Wirkungsverhältnisse ist von Diana Cole Mutz in einer einschlägig gewordenen Graphik festgehalten worden, in der die Pluralität der Einflussfaktoren auf der einen Seite in ein bildrhetorisch bezeichnenderweise als Wolke dargestelltes Verhältnis zu den Auswirkungen gesetzt wird (Mutz 2008: 530). Gerade aufgrund der Komplexität dieser Wirkungsverhältnisse steht bei weiten Teilen der zeitgenössischen Deliberationsforschung genau der Zusammenhang zwischen institutionellen Rahmensetzungen und Deliberationsqualität im Zentrum. Claudia Landwehr und Katharina Holzinger scheinen eine Standardfragestellung zu formulieren wenn sie nach

1 Eine Zusammenfassung dieser Argumente liefert beispielsweise Flügel-Martinsen (2013).

2 Ein möglicher Einwand gegen diese Ausdifferenzierung lautet, dass damit der Begriff „Deliberation“ gleichbedeutend wird mit „Kommunikation“, weil selbst noch das *bargaining* als eine spezifische Form von Deliberation gefasst wird.

„institutional determinants of deliberative interaction“ (Landwehr/Holzinger 2010) fragen. Weite Teile der Deliberationsforschung versuchen diese nicht-linear gedachte „Wenn a, dann b“-Hypothese zu bestätigen oder zu spezifizieren. Die Objekte der Deliberation rücken dabei durch Formulierung aus dem Fokus.

Zur Stützung dieser zugespitzt formulierten Diagnose kann auf einen Klassiker der entsprechenden Literatur verwiesen werden: Jürg Steiner formuliert in seiner synthetisierenden Zusammenfassung der empirischen Forschung beispielsweise: „This early empirical study by Chambers shows that under favorable conditions, citizens are able and willing to talk with each other about serious political matters at a high level of deliberation“ (Steiner 2012: 43). Damit scheint das Bauprinzip der entsprechenden Forschung sehr präzise wiedergegeben: „favorable conditions“ ermöglichen (oder machen in einem nicht-linearen Kausalverhältnis wahrscheinlich) einen bestimmten Modus der Deliberation. Die Objekte der Deliberation, die Art des Sprachspiels, werden damit jedoch (mehr oder weniger bewusst) ausgeklammert. Auch in Steiners anschließender Rekonstruktion empirischer Studien, die die Dialogprozesse in Kolumbien, Ex-Jugoslawien und Belgien vergleicht (beiläufig wird auch eine Studie über einen analogen Prozess in Finnland erwähnt), wird primär die Frage verhandelt, ob die Interventionen von Moderatoren eine ausgeprägtere Gleichverteilung bei der Partizipation ermöglichen. Über was die Teilnehmer in den jeweiligen Prozessen überhaupt gesprochen haben, wird nicht erläutert. Die Differenz zwischen verschiedenen Objekten der Deliberation kommt hier lediglich vermittelt als Leitunterscheidung zwischen „problem-solving“ und „predictions“ vor: Mit Verweis auf mehrere Studien diskutiert Steiner abschließend die Frage, in welchen Fällen Mehrheitsentscheidungen sinnvoll sind und wann hingegen ein Konsens angestrebt werden sollte (Steiner 2012: 152). Aber besteht der entscheidende Faktor nicht genau in jenem strittigen Charakter der Deliberationsobjekte? Steiner selbst schreibt: „We should not operate with a uniform standard of what constitutes good justification but always consider the context“ (Steiner 2012: 77–78). Zu diesem Kontext gehören doch wohl ganz wesentlich die (*inhaltlich* zu bestimmenden) Themen.

Die Selbstbeschränkung auf ein formal-abstrahierendes Forschungsdesign, das zumindest Teile der Deliberationsforschung durchzieht, hat nachvollziehbare Gründe.³ Die Deliberationsforschung grenzt sich damit einerseits gegen weite Teile der post-strukturalistisch operierenden Diskursforschung ab. Hier wird die Analyse des Inhalts mit ganz verschiedenen Heuristiken betrieben und gerade nicht die Abstraktion gesucht, sondern die Konkretion – bis zur Analyse von Gesten, die bestimmte Rhetoriken und Strategien stützen oder sanktionieren. An Stelle einer Abstraktion, die Quantifizierung erlaubt, wird hier gerade das andere Extrem gesucht, die mikroskopische Rekonstruktion (und Dekonstruktion) von Diskursstrategien bis hin zu einzelnen Gesten: „Hand ans Kinn“ (Porsché 2014: 395; vgl. auch Nonhoff et al. 2014). Auch die Frame-Analyse sucht den Bezug zu den Inhalten der politischen Kommunikation offensiv (vgl. programmatisch zum Beispiel Chong/Druckman 2007), so dass in der Frame-Analyse, beispielsweise von Gesetzgebungsprozessen ein ganz breites Spektrum von Frames zu Grunde gelegt wird, die unverbunden nebeneinander stehen – „Education“, „Community, neighborhood“, „Need for po-

3 Ein beliebig herausgegriffenes anderes Beispiel aus der Deliberationsforschung ist die Studie „Do arguments matter?“ von Katharina Holzinger, Jan Biesenbender und Janine Reinhard. Zur Definition eines normativen Arguments wird hier „one basic formal criterion“ angegeben: „at some point all negotiators should have agreed upon them in principle and they should still be in agreement at the time of the negotiation“ (Holzinger/Biesenbender/Reinhard 2014: 286).

licity reform“ (Beste 2015: 10) –, sodass fraglich bleibt, wie sich die Identifizierung von Frames sinnvoll begründen lassen kann.

Vor dem Hintergrund dieser Abgrenzung kann die Deliberationsforschung die praxisrelevanten Ergebnisse nur durch formale Abstraktion sinnvoll plausibilisieren. So konnte die empirische Forschung beispielweise zeigen, dass homogene Gruppen dazu tendieren, bestimmte Urteile und Einschätzungen eher zu verstärken und daher eine durch Argumente bewirkte Veränderung der Präferenzen unter diesen Umständen eher unwahrscheinlich ist (Sunstein 2003; vgl. auch die Rekonstruktion in Schaal/Ritzi 2009: 13 f.). Gleichermassen wurde die Frage diskutiert, ob – beispielsweise im Vergleich verschiedener Kammern – eine nicht-öffentliche Deliberation den hohen Standards eines echten Austauschs von Argumenten eher entspricht als eine öffentliche und daher zugleich auf den Applaus des Publikums abzielende Diskussion. Entgegen der Habermasschen Hoffnung auf die rationalisierende Wirkung von Öffentlichkeit scheint in der Tat die Deliberation in nicht-öffentlichen Sitzungen weniger kompetitiv und stärker sachorientiert zu sein. Auch die Wirkung von *framing*-Effekten lässt sich in Deliberationsprozessen nachweisen. In der „Real-World-Deliberation“ scheint es nicht egal zu sein, wer spricht: Dem oft zitierten Ideal- bzw. Schreckbild des weißen, gebildeten, heterosexuellen Mannes werden ganz offenbar überdurchschnittliche Kompetenzen zugetraut (vgl. zum Beispiel Mendelberg/Karpowitz 2007).

Dieter Fuchs hat vor diesem Hintergrund angemerkt, dass die empirischen Studien zur Deliberationsforschung in vielen Fällen mit differierenden Begriffen operieren und daher nur schwer vergleichbar sind: Je nachdem wie scharf die Grenzen des Diskurses gezogen werden, fallen die Diagnosen pessimistischer oder optimistischer aus (Fuchs 2014). Aber der Hinweis auf differierende Definitionen des Deliberationsbegriffs ist nur *ein* Grund für die Schwierigkeiten des Vergleichs. In größerem Maße trägt womöglich der Umstand bei, dass die Objekte der untersuchten Deliberationsprozesse in vielen Fällen gänzlich verschieden sind. Im einen Fall geht es um eine Art Begegnungsprojekt zwischen Regierungssoldaten und kolumbianischen Rebellen; in einem anderen um Sprachenpolitik in der Schweiz, vor allem um die Position des Rätomanischen; ein drittes Beispiel untersucht die Debatten zu Wertfragen wie Abtreibung. Bei wieder anderen Studien stehen recht lebensweltlich-pragmatische Fragen wie Infrastrukturprojekte (die legendären Bahnhofsumbauten) oder Parkgestaltungen im Vordergrund. Bei diesen Objekten der Deliberation handelt es sich, so die erste These, nicht nur um verschiedene Themen, *sondern um kategorial andere Problemstellungen*.⁴ Es ist für die sprachliche Interaktion gerade nicht irrelevant, welchen Gegenstand diese hat. Neben dem institutionellen Setting, dem *Wie* der Deliberation, ist das *Worüber* der Deliberation für den Modus der Deliberation ausschlaggebend.

4 Diese Diagnose ist an sich noch nicht originell; das Problem wurde vielfach identifiziert. Ich hoffe, dass indes der Versuch einer systematischen Heuristik einen Erkenntnisfortschritt darstellt. In analoger Form formulieren denn auch Schaal und Ritzi dieses Forschungsdesiderat (Schaal et al. 2009); sie schlagen eine Unterscheidung vor zwischen „regulativen Fragen, Interessenkonflikten und ethisch-moralischen Fragen“ (Schaal/Ritzi 2009: 22). Ich erweitere im Folgenden diese Differenzierung und versuche, sie in den größeren Kontext einer Theorie des Sprachspiels einzubetten. Aus meiner Sicht lässt sich das Thema des Zusammenhangs zwischen Objekten und Modi der Deliberation nicht ohne eine Erkenntnistheorie fassen. In dieser Hinsicht antwortet mein Beitrag auf das von Schaal und Ritzi identifizierte Desiderat. Bereits bestehende Differenzierungsvorschläge referiere ich weiter unten.

Im Folgenden soll vor diesem Hintergrund das komplexe Zusammenspiel zwischen Objekten der Deliberation, Sprachspielen der Objektbeschreibung und Modi der Deliberation, theoretisch präziser gefasst werden. Dazu werde ich zunächst referieren, welche Vorschläge es zur Konzeptionen verschiedener Deliberationsmodi gibt. Die synthetisierende Rekonstruktion der Forschungsliteratur führt zum Vorschlag einer Typisierung von Deliberationsmodi, die sich im Wesentlichen am Vorschlag von Bächtiger (et al. 2010a) orientiert (2.). Während der Begriff des Deliberationsmodus zunächst eine formale Bestimmung vornimmt, werde ich im nächsten Schritt unter Rückgriff auf Wittgensteins Begriff des Sprachspiels zu zeigen versuchen, dass sich neben der formalen Ebene eine Unterscheidung zwischen bestimmten auch inhaltlich zu definierenden Weisen der Weltbeschreibung anbietet. Unter Rückgriff auf bereits vorliegende Differenzierungen unterscheide ich sechs verschiedene Sprachspiele, die eine je eigene „Grammatik“, einen eigenen impliziten Regelbestand aufweisen. Die Terminologie soll dazu dienen, eine mittlere Abstraktionsebene zwischen bloß formal definierten Modi der Deliberation einerseits und den ganz konkreten, von der Diskursanalyse oder der Frame-Analyse in den Fokus genommenen Inhalten andererseits, thematisierbar zu machen (3.). Der folgende Abschnitt versucht an einigen Beispielen zu zeigen, dass wir Deliberationsprozesse in der Regel nicht eindeutig einem Sprachspiel zuordnen können. Die Objekte der Deliberation erzwingen gerade nicht automatisch die Wahl eines Sprachspiels, sondern lassen in vielen Fällen konkurrierende Sprachspiele zu. Die politische Auseinandersetzung besteht in vielen Fällen gerade darin, zu definieren, um welche Sorte Problem es sich handelt und in welchem Sprachspiel folglich über die Lösung deliberiert werden sollte. Politische Kommunikation zeichnet sich aus dieser Perspektive gerade dadurch aus, dass sie zu anderen Sprachspielen „quer“ steht, also weder auf ethische, moralische, rechtliche, pragmatische oder wissenschaftliche Fragen reduziert werden kann (4.). Ein Ausblick formuliert einige Hypothesen bezüglich der Korrelation von Deliberationsobjekten und Deliberationsqualität und zeigt Perspektiven für die weitere Forschung auf. Kurz skizziert wird abschließend das Projekt eines *Deliberation Content Index*.

2. Modi der Deliberation und ihr Bezug zur Objektseite

Zu den ersten und das Paradigma der Deliberationstheorie definierenden Unterscheidungen gehört eine zunächst geradezu binär anmutende Differenz: Um den Begriff der Deliberation zu schärfen wurde zunächst – in bisweilen abweichendem Vokabular – zwischen „echter“, rationaler, auf Gründe referierender Deliberation (*arguing*) (a) einerseits und einem instrumentell verfahrenen Durchsetzen von Interessen (*bargaining*), das auch andere Stilmittel wie *story-telling*, Rhetorik, ja sogar Sanktionsdrohungen zum Einsatz bringt, andererseits (b) unterschieden. Diese Grundunterscheidung erscheint bei verschiedenen Autoren in leicht abweichenden Varianten und kann als Wiederaufnahme der platonischen Unterscheidung zwischen Philosophie und Rhetorik, zwischen Erkenntnissuche (*epistémê*) und bloßer Meinungsproduktion (*doxa*), verstanden werden.

Während Habermas selbst diese Leitunterscheidung noch verwendet, um den Begriff der Deliberation auf das Modell (a) zu beschränken und dieses klar abzugrenzen (was den Modus (b) gewissermaßen zum „Anderen der Deliberation“ macht), gehen andere Autoren eher von einem Kontinuum aus, bei dem auch der Modus (b) noch als eine Variante von Deliberation verstanden werden kann. So schlagen Bächtiger et al. (2010a) zum einen

eine Differenzierung zwischen Kommunikationstyp I und II vor, die die Grundunterscheidung einerseits aufgreift, andererseits relativiert.⁵ Durch Sequenzialisierung, so die Autoren, könnten beide Modi sich ergänzen, die vergleichsweise hohe Exklusionsgefahr von Typ I durch die Inklusionsoffenheit von Typ II ausgeglichen werden, umgekehrt die Gefahr eines sinkenden Rationalitätsniveaus durch Typ II durch Phasen einer konzentrierteren, anspruchsvolleren Deliberation kompensiert werden. In Habermas' Drei-Stufen-Modell der Öffentlichkeit werden die beiden Deliberationstypen *räumlich* der Peripherie und dem Zentrum zugeordnet. In Zivilgesellschaft und breiter Öffentlichkeit akzeptieren wir auch unspezifische Äußerungen, Interessensbekundungen und „wilde“ Formen der Artikulation; in Parlamenten, Gerichten, Ausschüssen oder Gremien der Exekutive erwarten wir hingegen eine Deliberation, die sich dem Ideal stärker annähert. Der besonders rational operierende Gipfel einer Deliberationspyramide wird in diesem Modell durch den breiten Sockel an bunten Formen der Deliberation und Proto-Deliberation mit Input gefüttert. Die Massenmedien und Intellektuellen operieren dabei als „Schleusen“ und „Filter“, in dem sie Argumente oder Themen verstärken bzw. ausschließen. Deliberationstyp I und II sind damit in ein räumliches Kontinuum geordnet: Stammtischsprüche, die an der Peripherie möglich sind, sollten wir im Parlament oder Bundesverfassungsgericht nicht erwarten oder zumindest nicht goutieren.

In Bächtigers Modell der Sequenzialisierung wird die Spannung zwischen beiden Deliberationstypen hingegen *temporal* gelöst: Durch beständigen Wechsel zwischen beiden Deliberationstypen „atmet“ der Prozess gewissermaßen und entgeht gleichermaßen den Gefahren der Entgrenzung wie der Exklusion (Bächtiger et al. 2010a: 211 ff.). Dieses Modell hat den großen Vorteil, die klassische Dichotomie zwischen Deliberation und Rhetorik zugunsten eines Kontinuums aufzulösen.

Die in diesem Kontext vorgestellte Differenzierung von Diskurstypen (unterschieden werden: rationaler Diskurs, kooperativer Diskurs, kompetitiver Diskurs, konventioneller Diskurs und Protodiskurs) werden indes nach *formalen* Kriterien (Begründungsrationalität, „bargaining“, „story-telling“ etc.) unterschieden. Von den Inhalten wird dabei bewusst abstrahiert: Prinzipiell müssten alle möglichen Themen in allen Modi behandelbar sein. Und in der Tat deckt sich dies mit der alltäglichen Erfahrung, die uns lehrt, dass auch über komplexe politische Entscheidungen in Form einer Proto-Deliberation, eines ungezwungenen Gesprächs zwischen Tür und Angel, gesprochen werden kann.

Auch dieses sehr komplexe Modell verschiedener Deliberationsformen ist letztlich *formal* strukturiert. Lässt sich diese Topologie von Deliberationstypen durch eine *inhaltliche* Differenzierung ergänzen? Dazu bedarf es einer Unterscheidung zwischen *Modi* und *Stilen* der Deliberation. Während der Modus formal gedacht ist (zum Beispiel logisch-deduktiv oder narrativ), impliziert der vorläufige Begriff des „Stils“ eine Verknüpfung

5 Die dort definierten Kriterien lauten für Typ I: Partizipationsgleichheit (1), Begründungsrationalität (2), Gemeinwohlorientierung (3), Respekt und Zustimmung (4), Interaktivität (5), konstruktive Politik (6); für Typ II: Story-telling (7), Deliberatives Verhandeln (8). Nicht-deliberatives Verhandeln (*bargaining* im engeren Sinne) wäre dann im Falle von Drohungen gegeben, die nicht nur den Entzug von Anerkennung oder Vergünstigungen beinhalten, sondern harte Sanktion bis zur Gewalt in Aussicht stellen. Diesen (seltenen) dritten Typus politischer Kommunikation bezeichne ich im Folgenden als Typ III. (Zu dieser Differenz und der Frage ihrer empirischen Messbarkeit vgl. Bächtiger et al. 2010a: 202 ff.). Diese Unterscheidung werde ich in der Typologisierung von Sprachspielen anwenden, vgl. die Tabelle unten. Wo nicht anders expliziert ist mit „bargaining“ im Folgenden „deliberatives bargaining“ im Sinne von Bächtiger gemeint.

fung zum Inhalt. Mit dem Stil wird gewissermaßen nicht nur (auf eine formal bestimmbare Art und Weise) *über* ein Objekt gesprochen, sondern zugleich das Objekt inhaltlich als ein bestimmtes *angesprochen*. Die vergleichende *policy*-Forschung hat diese Effekte ausführlich als Konstituierungsprozess des *policy*-Objekts beschrieben (Peters 2006).⁶ In diesem Konstitutionsprozess verweben sich stets konkurrierende Versuche der Objektdefinition. Diese Momente einer Konkurrenz und einer Verwebung von Sprachspielen sind in der Deliberationsforschung unter dem Titel der Multidimensionalität bereits thematisiert worden. Claudia Landwehr hat eine Typologie von vier idealtypischen Interaktionsmodi vorgeschlagen (*discussion, debate, deliberation, bargaining*), mit deren Hilfe sie zeigen konnte, dass die distributive und die informative Dimension politischer Kommunikation meist verwoben sind (Landwehr 2010). Das hier vorgeschlagene Analyseraster erlaubt es, diese Phänomene in einem größeren Kontext zu verorten. Ein multidimensionales Modell der Deliberation setzen auch Léa Roger und Gary S. Schaal in ihrer Analyse von Parlamentsdebatten voraus, in der sie zeigen konnten, wie die „aspects of a political problem can influence the communicative behavior of representatives“ (Roger/Schaal 2013: 153). Roger und Schaal thematisieren hier unter dem Titel des „specific aspect“ genau jene Dimension des Objekts, die im Folgenden im Zentrum stehen soll. Genau diesen Mechanismus gilt es, auf begrifflich klare und empirisch operationalisierbare Art zu fassen, um die Rückwirkungen auf die Modi der Deliberation nachvollziehen zu können.

Denn die Policy-Forschung hat zwar verschiedene Typologien von Problemen entwickelt, beispielsweise die Unterscheidung von regulativ, distributiv und redistributiv zu behandelnden Themen (Lowi 1972). Im Gegensatz zu diesen Typologien verfährt die rekonstruktive Bildung der Idealtypen von Sprachspielen jedoch umfassender, weil sie nicht nur *policy*-Fragen in den Fokus nimmt, sondern die politische Kommunikation insgesamt zu ordnen versucht. Anders als in Lowis Vierfelder-Matrix ergibt sich kein abgeschlossenes System von Typen, sondern eine offene Liste möglicher Typen von Sprachspielen. Während die Typologie von Lowi und auch Habermas' Unterscheidung von Diskurstypen als *kategoriale* Unterscheidungen gedacht sind, ergeben sich die Idealtypen von Sprachspielen rekonstruktiv aus der Beobachtung der sozialen Praxis.

6 Peters' Vorschlag einer Differenzierung verschiedener Dimensionen eines *policy-problems* (complexity, divisability etc.) bleibt noch formal.

3. Sprachspiele und Objekte in Deliberationsprozessen

3.1 Wittgensteins Begriff des Sprachspiels

Die Philosophie bietet ganz verschiedene Möglichkeiten, das Verhältnis von Sprechergemeinschaft, Sprachpraxis und Bezugsobjekt zu konzipieren.⁷ Für den Kontext einer Analyse politischer Kommunikation scheint in Ergänzung zu Hermeneutik und Dekonstruktion vor allem die Theorie des Sprachspiels des späten Wittgenstein hilfreich⁸, weil diese sowohl die inter- wie innerkulturellen Konflikte von Sprachspielen thematisierbar macht, ohne diese zum „Widerstreit“ (im Sinne Lyotards) zu hypostasieren.⁹ Da Wittgenstein nach einer sehr starken Rezeption in den 1970er und 1980er Jahren heute in der politischen Theorie kaum noch diskutiert wird, gilt es zunächst einige Hintergründe zu erläutern.

In seinem zweiten Hauptwerk, den 1953 aus dem Nachlass veröffentlichten *Philosophischen Untersuchungen* (im Folgenden zitiert mit PU und dem entsprechenden Paragraphen), betont Wittgenstein in Abgrenzung zu seinem Frühwerk bekanntlich den sozialen und praxisbezogenen Charakter der Sprache. Begriffe referieren nach dieser als „Gebrauchstheorie der Bedeutung“ bekannt gewordenen Konzeption nicht unvermittelt auf Objekte in der Welt, sondern gewinnen ihre Bedeutung durch den Gebrauch, den Sprechergemeinschaften von Worten in konkreten Kontexten machen.¹⁰ Das kontextabhängige Set an (meist impliziten) Regeln lässt sich dann als Sprachspiel verstehen, das eine je spezifische „Grammatik“¹¹ aufweist. Die Gesamtheit eines jeweiligen Praxisbe-

- 7 Während die hermeneutische Philosophie in der Tradition Hans Georg Gadamer stets die geteilten Voraussetzungen des Verstehens betont hat („Vorverständnisse“) und die zwischenmenschliche Verständigung am Modell des Text-Verstehens explorierte, hat die Philosophie der Dekonstruktion (teils in expliziter Kritik an Gadamer) den aporetischen Charakter, die Unabgeschlossenheit der Auslegungsprozesse betont (vgl. Derrida/Gadamer 2004).
- 8 Die Frage nach der politischen Dimension in Wittgensteins Sprachdenken ist immer wieder gestellt worden. Die wichtigen Arbeiten von Hannah F. Pitkin und Cressida J. Heyes zielen jedoch in erster Linie darauf ab, herauszuarbeiten inwiefern Wittgensteins Sprachphilosophie selbst bereits als politische Theorie gelesen werden kann. Ich mache indes lediglich einen instrumentellen Gebrauch seiner Sprachspielkonzeption und beabsichtige keineswegs, einen Beitrag zur Wittgenstein-Forschung zu leisten (vgl. Heyes 2003; Pitkin 1972). Zur neueren Debatte über die *Philosophischen Untersuchungen* vgl. auch Mulhall (2007).
- 9 Nach Lyotard ist ein „Widerstreit“ ganz und gar unauflösbar. Zur Dimension des Konflikts in Wittgensteins Sprachphilosophie vgl. auch Lütterfels/Roser (1999).
- 10 Wittgensteins pragmatische „Wende“ besteht dann darin, die Sprachkonzeption des *Tractatus* als einen Sonderfall eines Sprachspiels zu verstehen. Die „Sachverhalte“ der Welt isomorph in logischer Sprache abzubilden – das ist das Sprachspiel einer positivistischen Wissenschaft, also ein Sprachspiel unter anderen, keineswegs das Paradigma von Sprache überhaupt.
- 11 Der Begriff wird hier nicht im Alltagssprachlichen Sinne verwendet, sondern im Anschluss an Wittgensteins Idee einer „Philosophischen Grammatik“ (Wittgenstein 1984a). Damit bezeichnet er die impliziten Regeln eines Sprachspiels, die beispielsweise in den Erwartungen deutlich werden, die wir an die Art des Argumentierens in bestimmten Kontexten an die Anderen richten. Wer beispielsweise im Sprachspiel ästhetischer Kritik versucht, sein ästhetisches Urteil mit mathematischer Apodiktizität zu deduzieren, verstößt gegen die „Grammatik“ ästhetischer Urteile. Mit einer solchen Person kann man dann über Romane „nicht vernünftig reden“. Eine solche Kollision von Grammatiken kann tragisch oder komisch sein. So lässt sich beispielsweise die Situation der Antigone als Kollision zwischen ethischem und rechtlichen Sprachspiel beschreiben: Gelten die Regeln der (ethischen) Tradition (Polyneikes bestatten) oder der (politische) Erlass des Kreon (Polyneikes nicht bestatten)? Vgl. hierzu auch Heidenreich (2012).

zugs bezeichnet er auch als „Lebensform“. Beide Elemente, Sprachspiel und Lebensform, sind nach Wittgenstein „verwoben“ (PU 7): Eine Sprache kann nur sinnvoll benutzt werden innerhalb eines spezifischen Handelns, eingebettet in ein Netz aus vorausgesetzten mentalen und konkreten Infrastrukturen.¹² Erwartungen an Sprecher, Geltungsbedingungen von Sätzen, Erfolgsaussichten von Sprechakten und Bedeutung von Sprache allgemein sind nach dieser Vorstellung nicht nur kontextbedingt, sondern auch veränderbar: Analog zum Spiel von Kindern¹³, das sich im Laufe eines Spiels durch Hinzufügung neuer Regeln allmählich verändern kann („Wenn der Ball in die Hecke fliegt gilt das als ‚Aus‘.“), unterliegen auch die Sprachspiele von Erwachsenen einer beständigen Transformation. Beständig wird um die Regeln der sozialen Wirklichkeit gerungen, implizit wie explizit.

Mit dem Terminus des Sprachspiels kann Wittgenstein zudem die Ähnlichkeit bei gleichzeitiger Differenz verschiedener Sprachkontexte oder Lebensformen plausibel beschreiben. Sprachspiele können wie konkrete Sprechsituationen ineinander übergehen, sich überschneiden oder überblendet werden. Wittgensteins Begriff der „Familienähnlichkeit“ bietet die Möglichkeit, die Differenzen zwischen verschiedenen Sprachspielen zu betonen, ohne eine Ausdifferenzierungstheorie zu entwerfen, in der – wie im Falle der Systemtheorie Luhmanns – durch die Differenzierung von operativ geschlossenen (aber strukturell gekoppelten) Funktionssystemen das Subjekt des Sprechens, d.h. der Mensch, aus dem Gegenstandsbereich der Soziologie verschwindet.¹⁴ Eine Familienähnlichkeit besteht beispielsweise zwischen verschiedenen Brettspielen oder zwischen verschiedenen Ballspielen.¹⁵ Analog hierzu lassen sich Sprachspiele nach Merkmalen gruppieren, ohne metaphysische Spekulationen über den tieferen Sinn dieser Differenzen anstellen zu müssen.¹⁶ Im Gegensatz zu Luhmanns Funktionssystemen handelt es sich bei Wittgensteins Sprachspielen folglich um Einheiten mit offenen Grenzen, mit Übergängen und Verknüpfungen, um dynamische Gebilde, deren Regeln sich durch neuen Gebrauch mehr oder weniger allmählich oder plötzlich verändern können.

Zudem erlaubt Wittgensteins Sprachspieltheorie eine vorerst befriedigende Antwort auf die klassische Frage nach dem Verhältnis von Sprache und Wirklichkeit. Weder bildet Sprache die Welt einfach „realistisch“ ab, so dass sich „wahr“ und „falsch“ durch „unbestreitbare Tatsachen“ in einem positivistischen Sinne einfach behaupten lassen könnten; noch verschwindet die Objektseite in einem ganz und gar konstruktivistischen Phantasieren, in dem – getreu der Devise Paul Feyerabends „Anything goes!“ – gar keine Einsprüche mehr durch die Realität möglich wären. In Abgrenzung zu beiden extremen Positionen, Positivismus/Realismus/„gesunder Menschenverstand“ einerseits und radikaler Konstruktivismus andererseits, können wir mit Wittgenstein den Wirklichkeitsbezug der Sprache als dynamisches, soziales Geschehen begreifen, in dem die Kollision von Beschreibungen mit der Realität je nach Gegenstandsbereich mehr oder weni-

12 Zum Verhältnis von Sprachspielen und Lebensformen vgl. auch Savigny (1998).

13 Es scheint unzweifelhaft, dass Wittgenstein bei der Wahl dieses Denkbildes das sehr viel dynamischere Spiel von Kindern vor Augen hat, nicht, beispielsweise das Schachspiel von Erwachsenen, bei dem die Regeln kodifiziert und unverhandelbar sind.

14 Daher bleibt unklar, wie nebeneinander operierende Codes in der ausdifferenzierten Gesellschaft zugleich abwechselnd von offenbar „mehrsprachigen“ Menschen benutzt werden können.

15 Zu Wittgensteins Begriff der Familienähnlichkeit vgl. Wennerberg (2011).

16 Die Frage nach dem „Wesen“ der Differenz von Ethik und Moral verschwindet sozusagen; es bleibt bei der Feststellung, dass es sich ganz offenbar um verschiedene Sprachspiele handelt.

ger eindeutig ausfällt. Sprachspiele haben aus dieser Perspektive selbstverständlich Anteil an der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit; ein „unvermittelter“ Wirklichkeitsbezug ist ausgeschlossen. Die Sprachspiele implizieren Hypothesen über ihre Objekte und beinhalten Stilvorgaben bezüglich des Deliberationstyps. Aber zugleich können Eigenschaften von Objekten oder praktische Kontexte bestimmte Sprachspiele nahelegen oder durch eine erfolgreiche Bewältigung praktischer Herausforderungen als überlegen ausweisen.¹⁷ Den vorläufigen Begriff des „Stils“ können wir nun durch den Begriff des Sprachspiels ersetzen.

3.2 Typologie von Sprachspielen

Wenn man nun versucht, verschiedene Typen von Sprachspielen in ausdifferenzierten, demokratischen Gesellschaften zu finden, so kann man dabei auf zahllose Unterscheidungen rekurren, die in anderen Kontexten bereits vorgenommen wurden (zum Beispiel Habermas 1999). Die Differenzierung zwischen Sprachspielen und Gegenstandsbereichen ist ja – spätestens seit der Aristotelischen Unterscheidung zwischen praktischer und theoretischer Philosophie – eine wichtige und immer wiederkehrende Reflexionsarbeit der Wissenschaft. Überall dort, wo in der Ideengeschichte die Differenz zwischen verschiedenen Objekten und entsprechend zu differierenden Redeweisen betont wurde, können wir im Rückblick ein Plädoyer für die Ausdifferenzierung von Sprachspielen erkennen. Wenn beispielsweise Kant zwischen *Rechtspflichten* und *Tugendpflichten* unterscheidet, so kann diese Unterscheidung als ein Versuch gelesen werden, zwischen dem Sprachspiel juristischer Wahrheitsfindung einerseits (Welche Handlungen zu unterlassen bin ich von Rechts wegen verpflichtet?) und einem Sprachspiel der Tugend (Welche Handlungen zu leisten gebietet meine Konzeption des guten Lebens?) andererseits zu unterscheiden (vgl. zum Beispiel Habermas 1999, 2005).

Rainer Forsts Dissertation über die *Kontexte der Gerechtigkeit* von 1994 skizziert in diesem Sinne die Differenz zwischen vier Sprachspielen. Er unterscheidet den *moralischen* Kontext (Was schulde ich als Mensch anderen Menschen?), den *ethischen* Kontext (Welches Streben empfiehlt sich als Mitglied einer spezifischen ethischen Gemeinschaft?), den *rechtlichen* Kontext (Welche gesetzlich definierten Unterlassenspflichten liegen vor?) und den *politischen* Kontext (Welche kollektiv bindende Entscheidung wollen wir fällen?). Die Pointe in Forsts Differenzierung besteht darin, die Debatte zwischen Liberalen und Kommunitaristen aus den 1980er und 90er Jahren als eine Serie von falschen Überblendungen deuten zu können. So begehen aus Forsts Sicht beispielsweise die Kommunitaristen den Fehler, das politische Gemeinwesen nach dem Modell der ethischen Gemeinschaft zu konzipieren: Über politische Objekte wird hier im Sprachspiel der Ethik gesprochen und so der Eindruck erweckt, eine politische Gemeinschaft könne nur mit einer geteilten Konzeption eines guten Lebens erfolgreich sein.¹⁸ Auch Michael Walzers „Sphären der Gerechtigkeit“ kann als eine Theorie gedeutet werden, die vor allem für die Differenzierung von Rechtfertigungskontexten plädiert. Walzers Plädoyer für

17 Dabei gilt es, ein weit verbreitetes Missverständnis zu vermeiden: Sprachspiele sind nicht nur „spiele-
risch“; die Regeln von Sprachspielen sind durchaus bindend, die Konsequenzen aus Sprachspielen biswei-
len durchschlagend, ja katastrophal.

18 Dieser Vorwurf richtet sich bei Forst vor allem gegen Autoren wie Alasdair MacIntyre (Forst 1994:
354 f.).

„gute Zäune“,¹⁹ also die Einhaltung der Sphärgrenzen in der diskursiven Bearbeitung von Ansprüchen, beschreibt Politik (im Sinne von *politics*) treffend als Auseinandersetzung um Sphärgrenzen. Auch Honneths an Hegel orientierter Entwurf einer in Sphären differenzierten Gesellschaft, in der je nach Anerkennungsmodus verschiedene Kriterien in Anschlag gebracht werden können und sollen, kann in diese Theorietradition eingeordnet werden (Honneth 2012). In all diesen Theorien der Diskursdifferenzierung wird (selbstverständlich in unterschiedlichem Vokabular) vor Entdifferenzierung gewarnt: Der frühe Habermas beschreibt unter dem Titel der „Kolonialisierung der Lebenswelt“ das Eindringen eines instrumentell-rationalen Deliberierens in die Sphäre von Familie und Politik; Luhmann argumentiert an zahllosen Stellen gegen die „Moralisierung“ und für die Einhaltung der Code-Grenzen (zum Beispiel Luhmann 1993); Walzer bezeichnet die Hegemonie einzelner Sphären als „Monopolisierung“ (zum Beispiel Walzer 1992: 49); Honneth wiederum beschreibt beispielsweise die exklusive Anwendung des juristischen Sprachspiels in der Familie (beispielsweise im Rahmen einer Scheidung) als „soziale Pathologie“ (Honneth 2012: vor allem das Kapitel C. III).

Anders als im Falle von Walzer, Habermas oder Honneth, wo (am deutlichsten vielleicht im Falle Honneths) sehr anspruchsvolle Annahmen über den anthropologisch begründbaren Sinn der entsprechenden Differenzierungen gemacht werden, kann im Kontext der Deliberationsforschung die Unterscheidung zwischen verschiedenen Sprachspielen voraussetzungsarm induktiv als Bildung von Idealtypen erfolgen. Legt man den Begriff des Sprachspiels zu Grunde, so kann man nämlich bei der Sichtung des Materials nicht mit eindeutigen Diskursgrenzen rechnen. Dennoch lassen sich einige grundlegende „Spielfelder“ inhaltlich verschiedener Deliberationstypen unterscheiden.²⁰

- a) *Wissenschaftliches Sprachspiel*: In den frühen Schriften Jürgen Habermas' steht ein Modell mehr oder weniger deutlich bei der Konzeption des Deliberationsbegriffs Pate: Der „herrschaftsfreie Diskurs“ erinnert stark an jene dialogische Wahrheitssuche, die in den platonischen Dialogen als *techné dialektiké* demonstriert wird und von Hans Georg Gadamer im Rahmen der philosophischen Hermeneutik als Dialog zu neuer Prominenz gebracht wurde.²¹ Auch bei Habermas bezeichnet der herrschaftsfreie Diskurs zunächst einmal eine gemeinsame Suche nach der Wahrheit, eine quasi-wissenschaftliche Debatte darüber, „was stimmt“. Das wissenschaftliche Sprachspiel ist geradezu prädestiniert als Modell einer Sprachsituation, in der unwichtig sein soll, wer spricht. Der Satz des Pythagoras lässt sich in Platons *Menon* auch von einem Sklaven herleiten; die Relativitätstheorie kann von einem unbekanntem Mitarbeiter des Patentamtes in Bern entwickelt werden etc. Demokratisierung und Ausweitung des wissenschaftlichen Diskurses gehen im Übergang vom Feudalismus zur funktional-differenzierten, demokratischen Gesellschaft nicht zufällig Hand in Hand, weil das wissenschaftliche Sprachspiel den sozialen Status der Sprecher idealerweise

19 „Gute Zäune garantieren gerechte Gesellschaften“ (Walzer 1992: 449).

20 Durch die hier gebildeten Idealtypen soll keinesfalls in Abrede gestellt werden, dass in der Empirie die allermeisten Diskussionen und Diskurse ungeordnet erfolgen.

21 Habermas hat in den späten 1960er Jahren bekanntlich Gadamers Hermeneutik als geradezu affirmativ-konservative Philosophie kritisiert, weil das Ideal eines „Einrückens in den Überlieferungszusammenhang“ keinerlei kritische Distanznahme zulasse. Dass die Theorie des kommunikativen Handelns dennoch gewisse Grundintuitionen der dialogischen Hermeneutik Gadamers verdankt, wird aus der historischen Distanz deutlich.

ausblendet.²² Typische Operationen sind Induktion und Deduktion. Wo der wissenschaftliche Diskurs prognostische Wahrscheinlichkeitsschlüsse vornimmt, liefert er Argumente für pragmatische Diskurse.

- b) *Pragmatisches Sprachspiel*: Ein zweites, damit eng verwandtes Sprachspiel lässt sich als pragmatisch oder technisch beschreiben (vgl. Habermas 1999). In diesem Fall sind die Ziele des Handelns bereits definiert, die technische Umsetzung jedoch bleibt umstritten. Hier geht es nicht, wie im wissenschaftlichen Sprachspiel, darum, was der Fall ist, sondern darum, welche Lösung am klügsten ist. Die Fragen der Klugheit (*phrónesis, prudentia*) bleiben selbstverständlich stark auf die Fragen der Wahrheit bezogen: Was als Lösung aussichtsreich ist, hängt eng damit zusammen, ob und wie das Ausgangsproblem korrekt beschrieben ist. Dennoch gelten (wie Aristoteles in der Kritik an der quasi-mathematischen Konzeption praktischen Wissens durch Platon zeigte) für pragmatische Sprachspiele andere Regeln. Hier geht es nicht um bloße Tatsachen, sondern um Wahrscheinlichkeiten, Abwägungen, aussichtsreiche Strategien, mittlere Wege im Falle von Zielkonflikten. Der Handlungsdruck und die Unübersichtlichkeit der Lage erzwingen hier eine *pragmatische* Suche nach der „besten Lösung“. Eine typische Operation ist der abduktive Schluss („Wahrscheinlichkeitschluss“), die Prognose, die spekulative und daher nicht mehr im strengen Sinne wissenschaftliche Modellrechnung.
- c) *Sprachspiel der Ethik*: Werden nun die Ziele der pragmatischen Diskurse noch einmal reflektiert, so lassen sich zwei mögliche Sprachspiele beim Versuch einer Begründung kollektiver Ziele klar unterscheiden: Das *ethische* Sprachspiel fragt nach dem (in einem bestimmten Kontext, von bestimmten Personen, vor dem Hintergrund einer spezifischen Tradition) Erwünschten. Die Aristotelische Tugendethik kann in ihrer Perspektivierung auf das „gute Leben“ (*euzên*), bzw. die Glückseligkeit (*eudaimonia*) als wichtigstes Beispiel eines solchen Sprachspiels gelten. Die Frage „Was sollen wir tun?“ wird hier nach der Hinsicht des *Guten* gedeutet; die Antworten nehmen Bezug auf die Ziele ethischer Gemeinschaften (zum Beispiel Religionsgemeinschaften) oder (im Falle des Aristoteles) metaphysischer Thesen über das Wesen des Menschen. Mögliche Antworten in diesem Sprachspiel operieren in der Regel mit *Werten*, also relativ unpräzise und bisweilen auch kognitiv dissonant. Neben religiösen Offenbarungen, kultischer Tradition oder „Kultur“ (*comprehensive doctrines* würde Rawls sagen) können im ethischen Sprachspiel auch Verweise auf wissenschaftliche Erkenntnisse zur Begründung angeführt werden, beispielsweise in der politischen Anthropologie.
- d) *Sprachspiel der Moral*: Die zweite Variante eines Sprachspiels über kollektive Ziele ist das moralische Sprachspiel. Während die Ethik *teleologisch* operiert, sind im moralischen Sprachspiel nur *deontologische* Thesen erlaubt, also allquantifizierende Sätze darüber, zu was wir (als Menschen gegenüber anderen Menschen) verpflichtet sind. Allgemeine moralische *Normen* haben dann in der Regel prohibitiven Charakter. So ist beispielsweise die Norm, die Menschenwürde zu achten, eine (aus der Innenperspektive des moralischen Sprachspiels) kulturübergreifend allgemeine Pflicht des Menschen. Im politischen Kontext findet man Züge aus dem moralischen Sprachspiel

22 Selbstverständlich unterteilt sich das Sprachfeld der Wissenschaft in sehr stark differierende Subgebiete (verstehend, erklärend etc.). Jede Subdisziplin bildet hier gewissermaßen noch mal einen eigenen Dialekt der wissenschaftlichen Sprache aus.

idealtypisch, wenn beispielsweise die Frage gestellt wird, welche Pflichten ein Land gegenüber Asylbewerbern hat. Hier geht es nicht um die kontingenten Werte einer Ethik, sondern um die bindenden Normen der Moral. Moralische Gebote können dann *Richtigkeit* mit derselben Evidenz beanspruchen, mit der wissenschaftliche Behauptungen *Wahrheit* behaupten (vgl. Habermas 2004).²³ Zu den typischen Operationen gehört dabei die Kohärenzprüfung.²⁴

- e) *Sprachspiel des Rechts*: Beide Formen von kollektiven Zielsetzungen, ethische Werte und moralische Normen, können gleichermaßen die Form rechtlich kodifizierter (Selbst-) Bindungen annehmen, am deutlichsten im Falle von Verfassungen. So kann der Begriff der Menschenwürde im Grundgesetz der Bundesrepublik einerseits als Zug des ethischen Sprachspiels gedeutet werden. Menschenwürde wäre dann ein *Wert*, nach dem wir kollektiv streben sollten. Oder aber der Begriff wird als moralische *Norm* gedeutet, die uns kollektiv bestimmte (zum Beispiel demütigende) Handlungsweisen verbietet. Das Spezifikum des juristischen Sprachspiels besteht nun darin, diese Ziele oder Bindungen in eine juristisch operationalisierbare Form zu bringen. Die Deliberation im juristischen Sprachspiel kann sich nur mittelbar auf ethische Werte oder moralische Normen beziehen; ihr entscheidender Referenzpunkt bleibt stets die juristische (!) Verfassungsnorm.²⁵ Daher sind im juristischen Sprachspiel sowohl Appelle an ethische Werte als auch Moralierungen tendenziell suspekt. Die Frage nach dem Rechten wird in den Deliberationsprozessen an Gerichten oder in den Kammern eines Verfassungsgerichts nach ganz eigenen Spielregeln gespielt, nämlich nach genau jenen Regeln, die Experten im Rahmen ihres juristischen Studiums mühsam erlernen. Ein Kriterium für die Validität eines juristischen Arguments ist dann die Kohärenz (mit dem Normensystem).
- f) *Sprachspiel des distributiv Gerechten*: Analog zum Sprachspiel über das (juristisch) *Rechte* bezieht sich auch das Sprachspiel über das (quasi-ökonomisch) *Gerechte* auf Werte und Normen, ohne sich auf diese verwandten Sprachspiele zurückführen zu lassen. Denn in diesem Sprachspiel werden Interessenskonflikte offen ausgetragen. Die Deliberationsforschung hat in den vergangenen Jahren vor allem durch die Reintegration und Anerkennung von Interessen im Deliberationsprozess eine Wendung genommen. Sowohl Mansbridge (Mansbridge et al. 2010) als auch Bächtiger (Bächtiger et al. 2010a) haben dafür plädiert, Interessen nicht als auszuschließende Fremdkörper der Deliberation zu betrachten, sondern als legitimen Ausgangspunkt von deliberativer Willensbildung. Entscheidend ist aus dieser Sicht in erster Linie, ob und dass auch Interessen befragbar und damit rechtfertigungsbedürftig bleiben. Oft wird das politische Sprachspiel auf Distributionskonflikte reduziert. Die Frage „who gets what?“ bedient sich zwar oft einer ethischen oder moralischen Rhetorik. Letztlich

23 In der Moralphilosophie wird entsprechend die Frage diskutiert, inwiefern diese Selbstbeschreibung des Sprachspiels zutrifft („Moralischer Realismus“) oder bloß eine Art optische Täuschung darstellt, die sich für die Spieler des Spiels notwendig ergibt („Moralischer Konstruktivismus“).

24 Beispielsweise in den berühmten *trolley*-Gedankenspielen der analytischen Moralphilosophie, in denen Widersprüche in einem Set allgemeiner moralischer Sätze identifiziert werden.

25 Selbstverständlich gibt es in der Rechtsphilosophie eine umfangreiche Kritik an diesem tendenziell rechtspositivistischen Verständnis des juristischen Sprachspiels. Eine naturrechtliche Selbstdeutung würde die Anbindung an außer-juristische Werte akzentuieren. Vgl. die Debatte um Dworkins Rechtstheorie, die als Versuch gedeutet werden kann, die Rechtsfindung von Richtern aus der Fehldeutung als pragmatisches oder gar ästhetisches Sprachspiel (Welches Gesetz passt?) zu befreien und wieder als quasi-wissenschaftliches Sprachspiel zu deuten („Welches Urteil ist ‚wahr‘?“) (vgl. Dworkin 2012).

müssen die Ansprüche auf Distribution jedoch anders legitimiert werden, nämlich durch Verweise auf Leistungen. In Tarifverhandlungen wird zwar auch deliberiert; aber der Modus eines „deliberativen bargaining“ wird hier – anders als in anderen Sprachspielen – zu Recht nicht als fremd erlebt, sondern als angemessener Modus bezogen auf das spezifische Objekt der Deliberation. Nur in Fällen der Eskalation des Tarifstreits wird mit massiven Sanktionen gedroht und ein „nicht-mehr deliberatives bargaining“ kommt zur Anwendung (Typ III).²⁶ Das Aushandeln von Interessen ist hier der Normalmodus der Konsensfindung; „richtig“ oder „wahr“ ist ein Verhandlungsergebnis dann nicht durch die Korrespondenz mit einer gegebenen Wirklichkeit, sondern aufgrund des Konsenscharakters („guter Kompromiss“).

Wie hängen nun Sprachspiel und Diskursmodus zusammen? Eingangs ist bereits gesagt worden, dass das Ideal der herrschaftsfreien Deliberation aus dem Feld der Wissenschaft gewonnen und dann zum Ideal politischer Konsensfindung erhoben wurde. Dieses Beispiel weist darauf hin, dass wir offenbar von kulturell gewachsenen Sphären oder Diskursfeldern ausgehen müssen, auf denen sich Sprachspiele und Diskursarten über lange Zeiträume herausgebildet haben. Es kann daher weder eine logisch notwendige Verknüpfung von Sprachspiel und Diskursart angenommen werden, noch gibt es hier ganz und gar feste Verknüpfungen. Wenn also im Folgenden bestimmten Sprachspielen bestimmte Diskurstypen zugeordnet werden, so handelt es sich dabei um lediglich schwache empirische Thesen über eine sich evolutionär herausgebildete Erwartung. In einem sich epistemisch verstehenden Diskurs (zum Beispiel in der Wissenschaft) erwarten wir beispielsweise kein *bargaining*, sondern „echte Deliberation“. Ethische Werte hingegen wird man nicht durch ein epistemisches „Aufzeigen“ als „wahr“ ausweisen wollen, sondern durch narrative Plausibilisierung attraktiv erscheinen lassen. Diese Erwartung kann selbstverständlich enttäuscht werden, beispielsweise wenn die Leugner des Klima-Wandels eine „andere Geschichte erzählen“ wollen oder Tugendeiferer glauben, ein bestimmtes Familienmodell als natürliche „Wahrheit“ präsentieren zu können. Daher handelt es sich bei der vorgenommenen Verknüpfung von Sprachspielen und Diskurstypen zunächst um Hypothesen über breit geteilte Erwartungen, nicht um Behauptungen bezüglich tatsächlicher empirischer Korrelationen.

Je nach Sprachspiel stellt dann auch das Ergebnis eines Entscheidungsfindungsprozesses eine spezifische Art von „Kompromiss“ oder „Konsens“ dar. Während eine pragmatische Aushandlung einer klugen Lösung eine epistemische Dimension hat, kann das distributive Aushandeln von Interessen auch eine bloße Aggregation, ein „composite common good“ (Mansbridge et al. 2010: 75) zum Ziel haben. Genuin moralische oder rechtliche Entscheidungsfindungen zielen hingegen auf das „Auffinden“ einer „richtigen“ Lösung. Diese Differenzen bezüglich der Vorstellung des angezielten Ergebnisses machen verständlich, warum die Kollision von Sprachspielen die politische Kommunikation so schwierig macht: In diesem Fall werden nicht nur verschiedene Lösungen, sondern *verschiedene Arten* von Lösungen angestrebt.

26 Allerdings wird hier unter demokratischen Bedingungen die Anwendung von Gewalt ausgeschlossen bleiben.

Übersicht:

	These über das Objekt	Sprachspiel	Beispiele	Modus (jeweils Hypothesen)
S1	Das Wahre „was ist?“; „Tatsache“	Wissenschaftliches Sprachspiel Verweis auf Evidenzen, Belege, eventuell Deduktionen; denotativer Sprachstil; Extension des Begriffs Wahrheitstheorie: Korrespondenz	Wahrheitskommissionen in post-diktatorischer Situation Geschichtspolitische Auseinandersetzungen; Deliberation bei der Beweisaufnahme in Geschworenengerichten	Typ I* (nach Bächtiger et al. 2010a)
S2	Das pragmatisch Gebotene „Was ist hilfreich?“	Pragmatisches Sprachspiel; technomorpher Diskurs instrumentelle Überlegungen Wie erreicht man ein Ziel? Verweis auf Wahrscheinlichkeiten und Erfahrung (S1); Oft induktive oder abduktive Schlüsse auf künftige Entwicklungen	Infrastrukturprojekte; Ökonomische Argumentationen in verschiedenen Politikfeldern	Mischformen, Wechsel von Typen
S3	Das Gute was angestrebt werden soll (teleologisch) Werte Ethik „Wonach wollen wir streben?“	Narrative, Bilder, Quellen von Offenbarungsreligionen Nähe zu ästhetischen Diskursen; Rhetorik und Pathos möglich; Autoritäten legitim; eher intensionaler Begriffs- und konnotativer Sprachgebrauch; Authentizität als Kriterium	Debatte um gleichgeschlechtliche Ehe; Bildungspolitik	Eher Typ II
S4	Das moralisch Gebotene was nicht getan werden darf (deontologisch) Moralische Normen „Wozu sind wir (moralisch) verpflichtet?“	Kohärenz als Kriterium Schein des „moralischen Realismus“: über moralische Fragen sprechen, als gäbe es moralische Wahrheiten „Richtigkeit“ (Habermas)	Abtreibungsdebatte, Sterbehilfe, Bio-ethische Debatten (PID, Stammzellen-Debatte)	Typ I
S5	Das Rechte Juristische Normen „Wozu sind wir (rechtlich) verpflichtet?“	Streng kodifizierte Argumentationsformen; Wahrheitstheorie (überwiegend): Kohärenz	Deliberation im Bundesverfassungsgericht	Typ I
S6	Das (distributiv) Gerechte (Verteilungsgerechtigkeit)	Ökonomie, Interessen „who gets what?“ „Wahrheit“, bzw. Angemessenheit durch Konsens	Deliberation in Tarifverhandlungen, der „faire deal“	Typ II; in manchen Fällen auch Typ III (nicht-deliberatives bargaining)

* Definitionen vgl. Fußnote 5. Auch wenn hier in drei Fällen der rationale Diskurs als erwarteter Bearbeitungsmodus identifiziert wird, so bezieht sich diese Bestimmung auf eine identische Form bei differentem Inhalt: In allen drei Fällen würden wir einen kooperativen Modus erwarten, auch wenn in allen drei Fällen verschiedene Sprachspiele gespielt werden und die Argumente keineswegs einfach übertragbar sind. So implizieren die drei Sprachspiele (in der Regel) verschiedene Wahrheitskonzeptionen, Korrespondenz (oder *adaequatio*) im Falle der „harten“ Wissenschaften; Kohärenz im Falle des Rechts und im Falle der Moral.

3.3 Verhältnisbestimmungen: Sprachspiele und Objekte

Drei Konsequenzen aus dieser Perspektive auf politische Kommunikation lassen sich festhalten: *Erstens* gelten je nach Sprachspiel andere Regeln für die Bewertung von Gründen. Welche Gründe „gute Gründe“ sind, hängt davon ab, ob sie zum jeweiligen Sprachspiel passen. Daher scheitern auch Versuche, die Mechanismen des Gründe-Gebens rein formal (also unter Absehung der Inhalte) zu verstehen:²⁷ „Rationalität“ ist ein vom Kontext des Sprachspiels abhängiger Begriff und ein „gutes Argument“ ist einfach ein Sprechakt, der sich in die Grammatik des spezifischen Sprachspiels fügt. Die verschiedenen Sprachspiele implizieren entsprechend divergierende Wahrheitstheorien: Tendenziell Korrespondenz im Falle der Wissenschaft, Kohärenz im Falle des Rechts, Konsens im Falle des distributiv Gerechten et cetera.²⁸

Zweitens ist die hier vorgeschlagene Typisierung dominanter Sprachspieltypen in öffentlichen Deliberationen keinesfalls vollständig. Auch das Sprachspiel ästhetischer Diskurse operiert nach eigenen Regeln, die Kant in seinen ästhetischen Schriften treffend als Versuche eines „Ansinnens“ beschrieben hat. Ästhetische Urteile sind nicht im selben Sinne „wahr“ oder „falsch“ wie wissenschaftliche oder moralische Urteile; sie können aber dennoch Geltungsansprüche anmelden, müssen daher begründet werden und sind nicht völlig beliebig. Diese Begründung muss jedoch werbend plausibilisieren und kann keine Zustimmung erzwingen.²⁹ Die Liste möglicher Sprachspiele ließe sich folglich erweitern.³⁰ Die hier vorgenommene Beschränkung folgt praktischen Erwägungen: Züge aus einem ästhetischen Sprachspiel sind in der politischen Kommunikation zwar möglich, zum Beispiel bei Bauvorhaben, jedoch vergleichsweise selten.

Drittens gilt: Die Objekte der entsprechenden Sprachspiele sind – es wurde erwähnt – keineswegs unmittelbar gegeben; ein spezifisches Sprachspiel zu benutzen, bedeutet daher immer schon, eine These über den Charakter des verhandelten Objekts zu formulieren. Indem ein Sprecher auf eine spezifische Grammatik zurückgreift, behauptet er zugleich eine bestimmte Sprechweise (damit mehr als nur einen *frame*) als angemessen. Folglich gilt es stets zu bedenken, dass die Beziehung zwischen dem Objekt der Deliberation und dem von den Akteuren gewählten Sprachspiel *kontingent* ist. Zwar gibt es Objekte, die die Wahl eines Sprachspiels beinahe aufzwingen; so erwarten wir beispielsweise

27 Dies scheint mir das Problem an Olsons entsprechendem Versuch zu sein (vgl. Olson 2014).

28 Die klassische Frage, wie stark die Wahrheitsansprüche in der demokratischen Kommunikation sein sollten, lässt sich aus dieser Perspektive im Sinne Wittgensteins als Scheinproblem auflösen: Ob sich Wahrheitsanspruch und Demokratie vertragen, hängt davon ab, über welchen Wahrheitsbegriff wir in welchem Sprachspiel sprechen. Typisch für Demokratien wäre demnach gerade die Ausdifferenzierung von Geltungsansprüchen (vgl. auch Heidenreich 2015).

29 Wittgenstein selbst deutet eine solche Analyse ästhetischer Diskurse als Sprachspiele in der „Vorlesung über Ästhetik“ an, die uns allerdings nur durch Mitschriften erhalten ist. Er grenzt hier die Beschreibung ästhetischer Erfahrung deutlich vom Sprachspiel richtig/falsch ab: „Das gesamte *Spiel* ist anders“ (Wittgenstein 2005: 19, Hervorhebung im Original).

30 Luhmann hat die Eigenheiten und historische Entwicklung *intimer* Kommunikation (Kommunikation in Liebesbeziehungen) herausgearbeitet. Auch hier ließe zeigen, inwiefern Sprechakte nur im Bezug auf Kontexte angemessen sind. Der Satz „Ich liebe Dich“ ist trivialerweise keine Tatsachenbeschreibung über einen Zustand der Welt, sondern Versprechen, Bestätigung, performativer Akt. Insofern kann Mielkes legendärer, gegenüber den bereits revoltierenden DDR-Bürgern geäußelter Satz „Ich liebe Euch doch alle!“ auch als Sprachspiel-Fehler verstanden werden. Der Sonderfall einer Verschränkung von intimer und politischer Kommunikation, wie er in totalitären Systemen oder in republikanisch-patriotischer Rhetorik erscheint, wird im Folgenden ausgeklammert.

von Meteorologen keine moralischen Thesen, sondern eine wissenschaftliche Begründung ihrer Vorhersagen. Zahlreiche Objekte werden daher in der Regel konsensual einem Sprachspiel zugeordnet. In unserem Alltag wechseln wir meist zielsicher zwischen den Sprachspielen hin und her, weil wir intuitiv wissen, welche „Grammatik“ in welchem Kontext angemessen ist. Entsprechend äußert sich das geteilte Verständnis für das jeweils angemessene Sprachspiel in der Skandalisierung als unangemessen empfundener Kombinationen³¹: Über Sterbehilfe nicht ethisch oder moralisch, sondern ökonomisch zu sprechen, ist dann „skandalös“.³² Diese These soll kurz an einem Beispiel verdeutlicht werden.

Fallbeispiel 1

Als Thilo Sarrazin mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ im Jahre 2010 die Bestsellerlisten eroberte, erstaunte vor allem der positivistische Gestus, mit dem der Autor Statistiken auflistete und (mehr oder weniger fragwürdige) Wissenschaftler zitierte, um seine hochgradig umstrittenen Thesen zu stützen. Die von ihm genannten Zahlen über den Anteil muslimischer Jugendlicher unter den Straftätern in Deutschland, über den Bezug von Sozialhilfe durch muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger, ja selbst über die Verteilung von Intelligenz in den jeweiligen Bevölkerungsanteilen wurden scharf kritisiert. Deutlich war jedoch, dass der Autor bemüht war, im Sprachspiel der Wissenschaft zu sprechen und nur die von ihm angeblich aufgedeckten „unbestreitbaren Tatsachen“ und „harten Fakten“ sprechen zu lassen (S1). Daraufhin ließ Bundeskanzlerin Angela Merkel verlauten, sie halte Sarrazins Buch für „nicht hilfreich“ (S2). Damit war in der Debatte ein Wechsel des Spielfeldes erzwungen: Nicht nach den Regeln des wissenschaftlichen Sprachspiels sollte die Frage diskutiert werden, was bezüglich der Integration in der Bundesrepublik der Fall ist, sondern im Rahmen eines *pragmatischen* Sprachspiels wollte die Kanzlerin die Frage diskutiert sehen, was zu tun sei.

Das „Objekt“ der Integration oder Migration kann also konkurrierend in ganz verschiedenen Sprachspielen adressiert werden.³³ Und genau im Kampf um Deutungshoheit bezüglich der Frage, welches Sprachspiel für welches „Objekt“ angemessen ist, besteht die eigentlich politische Auseinandersetzung. Denn durch den Spielfeldwechsel entsteht nahezu automatisch ein argumentativer Vorteil. Die politische Konkurrenz als Benutzer falscher Sprachspiele zu entlarven, bedeutet zugleich, sie als tragische oder komische Figuren erscheinen zu lassen.

31 Eine zweite Variante wäre das amüsierte Erstaunen in humoresken Situationen. In der Serie „Pastewka“ äußert die Figur Pastewka auf die Frage seiner Freundin harsch: „Ich liebe Dich, darüber haben wir gesprochen.“ Hier wird intime Kommunikation fälschlicherweise im Sprachspiel der wissenschaftlichen Mitteilung praktiziert; gefragt war ein Versprechen, eine Bestätigung, eine Erklärung, gegeben wurde indes eine Information.

32 Luhmann hatte unter dem Titel der „parasitären Kommunikation“ dem moralischen Sprachspiel eine Sonderrolle zugesprochen: Alles kann tendenziell moralisiert werden und sehr viele Moralisierungen können als angemessen empfunden werden. Diese Diagnose muss man nicht, wie Luhmann, als Indiz für ein Problem halten. Verschiedene Strategien der Moralisierung lassen sich sinnvoll als „Moralpolitik“ (Knill et al. 2015) beschreiben. Das Sprachspiel der Moral scheint hier, analog zum Sprachspiel der Politik, eine Sonderrolle zu haben.

33 Ein dritter Vorschlag wiederum lautete, das Thema der Migration als Debatte über kollektive Ziele (Werte, Normen) zu führen; aus dieser Sicht wäre die Einengung auf die pragmatische Frage, was „hilfreich“ ist, eine expertokratische Strategie der Entpolitisierung.

4. Der Kampf um das zu wählende Sprachspiel

Die Übersicht über die sechs idealtypischen Sprachspiele mag erstaunen, denn ein politisches Sprachspiel ist hier nicht aufgeführt.³⁴ Wie also steht die genuin politische Kommunikation zu diesen Sprachspielen? Muss es nicht so etwas wie ein politisches Sprachspiel geben?³⁵ Was ist die „Grammatik“ politischer Kommunikation?

An dieser Stelle kommt die Unterscheidung zwischen einer konstruktivistischen und einer realistischen Theorie des Verhältnisses von Objekt und Sprachspiel erneut zum Tragen. Während aus einer „realistischen“ Sicht zu erwarten ist, dass das Objekt ein gewisses Sprachspiel erzwingt, geht die konstruktivistische Erkenntnistheorie davon aus, dass die verhandelten „Objekte“ nicht vorsprachlich und unvermittelt gegeben sind, sondern dass sie durch die Wahl des Beschreibungs- und Bearbeitungssprachspiels mit-konstituiert werden. Die Adressierung des Objekts durch das verwendete Sprachspiel definiert die Möglichkeiten einer deliberativen Bearbeitung. Nicht *was* gesagt wird, ist aus dieser Sicht entscheidend, sondern *welches Vokabular überhaupt zur Verfügung steht*.

Dieser konstruktivistische Minimalkonsens kann heute – trotz der heftigen Kritik an „der Postmoderne“ durch den „Neuen Realismus“ – als Trivialität angesehen werden. Die gesellschaftliche Wahrnehmung von Risiken ließe sich beispielsweise nicht sinnvoll untersuchen, würde nicht der Kontingenzspielraum konkurrierender Beschreibungsweisen vorausgesetzt. *Framing*-Mechanismen, Stereotypenbildung, Sprachspielauswahl – all diese Mechanismen der Konstituierung sind nicht völlig beliebig, aber eben kontingent. Auch die Konstruktion der Wirklichkeit in der Kommunikation muss diese Konstruktion aus Elementen vornehmen, die selbst nicht konstruiert sind. Dennoch besteht in diesem Prozess ein Kontingenzspielraum. In den relevanten Fällen besteht der zentrale Dissens weniger darin, welches Argument innerhalb eines Sprachspiels mehr Evidenz für sich in Anspruch nehmen kann, sondern welche Art von Argumenten überhaupt zulässig (sozusagen „gegenstandsadäquat“) sind. Ein zweites Beispiel soll veranschaulichen, inwiefern der Streit darüber, welches Sprachspiel zu Anwendung kommen soll, den eigentlichen Kern der politischen Debatte ausmacht.

Fallbeispiel 2

Als im Mai 2012 ein Landgericht in Köln zum ersten Mal die grundsätzliche Strafbarkeit der Beschneidung nicht einwilligungsfähiger Jungen konstatierte, entfachte sich eine der heftigsten Debatten seit vielen Jahren. Zu den Kritikern der Beschneidungspraxis zählte der Ordinarius für Strafrecht der Universität Passau Prof. Dr. Holm Putschke. Er versuchte zu zeigen, dass das Recht auf körperliche Unversehrtheit der Jungen das Recht der Eltern auf die religiöse Erziehung ihrer Kinder in jedem Falle übertrumpfe. (S5) Die ersten entsprechenden Stellungnahmen entstammten wohlgermerkt juristischen Fachzeitschriften; der Auslöser für die Debatte war der (rein juristisch argumentierende) Text der Urteilsbegründung der Strafkammer aus Köln. Zwei weitere Sprachspiele wurden konkurrierend in Stellung gebracht: Während Experten aus der Kinderheilkunde *wissenschaftlich* über die

34 Dies ist eine entscheidende Differenz zu Forsts Konzeption von vier Kontexten der Gerechtigkeit. Während Forst den *politischen* Kontext der Rechtfertigung neben dem *ethischen*, dem *moralischen* und dem *rechtlichen* verortet, steht politische Kommunikation im Modell der Sprachspiele quer zu diesen (vgl. Forst 1994: 361 f.).

35 Wie bereits erwähnt scheint die Verkürzung von Politik auf Sprachspiel 6 weit verbreitet zu sein.

medizinischen Risiken und Folgen der Beschneidung stritten (S1), verwiesen Religionsvertreter auf ihre *ethischen*, bzw. *religiösen* Pflichten (S3): Der religiösen Pflicht sei unter allen Umständen zu gehorchen; es schloss sich ein *pragmatisches* Argument an: Gegebenenfalls würde ein gesetzliches Verbot lediglich dazu führen, dass die Beschneidungen im Ausland vorgenommen würden (S2).

Die Formen der argumentativen Auseinandersetzung lassen sich plausibel nach den differenzierten Sprachspielen sortieren: Während die Gegner der Beschneidung sich in erster Linie im juristischen Sprachspiel bewegten und auf die durch die Verfassung gegebene Garantie der körperlichen Unversehrtheit rekurrierten, argumentierten die Verteidiger der Beschneidung mit Verweis auf religiöse Offenbarung, also eine spezifische Konzeption des „guten Lebens“, wie sie in den ethischen Lebensformen der jeweiligen Religionsgemeinschaften gepflegt werden. Argumente im wissenschaftlichen Deliberationsstil aus der Kinderheilkunde oder im moralischen Sprachspiel über die Pflicht entweder Religionsfreiheit zu gewähren, oder aber die körperliche Unversehrtheit zu schützen, bildeten eher Randerscheinungen.

Nun entsprechen diese medial vermittelten Debatten selbstverständlich nicht den hohen Ansprüchen eines ausschließlich an der Sache orientierten Diskurses. Dennoch wird man die Kollision verschiedener Sprachspiele nicht auf ein bloßes Heischen um die Gunst der Zuschauer oder Beobachter zurückführen können. Ganz unabhängig von der Art und Weise des institutionellen Settings der Deliberation werden hier die Sprachspiele des Strafrechts, der Offenbarungsreligion oder der politischen Opportunität (ist Beschneidung überhaupt verbotlich? Was wäre die internationale Wirkung?) aufeinanderprallen. Dass die Debatte letztlich unfruchtbar verlief, lässt sich aus der Kollision der jeweiligen Sprachspiele erklären. Weder kann eine Offenbarungsreligion die Ausübung ihrer religiösen Pflichten einfach dem kontingenten Rechtsrahmen demokratischer Staaten adaptieren, noch kann sich ein Rechtssystem für die Geltungsansprüche von Offenbarungsreligionen interessieren.³⁶ Die Offenbarung Gottes kann nicht durch das Urteil eines Landgerichts aufgehoben werden und umgekehrt kann ein Bundesverfassungsgericht nicht die Plausibilität religiöser Offenbarungen bewerten: Was im einen Sprachspiel ein Argument ist, ist im anderen Sprachspiel vollkommen irrelevant. Die „Übersetzung“ religiöser Überzeugungen in politisch valide Argumente, die Jürgen Habermas sich für das Verhältnis von Religion und Politik vorstellt (vgl. Habermas 2005b: 132), schien zumindest in diesem Falle nahezu unmöglich zu sein.³⁷

Das Beispiel macht deutlich, dass das Sprachspiel der Politik sich auf eine ganz spezifische Weise zu den anderen Sprachspielen verhält: Es steht als Meta-Sprachspiel gewissermaßen orthogonal zu den Spielfeldern, weil die politische Kommunikation zentral die Frage behandelt, welches Sprachspiel zur Anwendung kommen soll. „Politisch“ (im Sinne von „political“) ist gerade der Konflikt darüber, welche „Grammatik“ für ein spezifisches Objekt angemessen ist. Dieses Sprachspiel des Politischen zeichnet sich dann durch eine eigene Grammatik aus, durch die Thematisierung der Wahl des Sprachspiels.

Daher gilt (analog zur Moralisierung), dass grundsätzlich alles politisiert werden kann. Der politische Kampf um Deutungsmacht kann dann verstanden werden als Kon-

36 Zwei weitere Faktoren spielten ebenfalls eine Rolle: Erstens handelte es sich um einen „unteilbaren Konflikt“, der eine Kompromisslösung a priori ausschloss (es gibt keine „halbe“ Knabenbeschneidung); zweitens brachen sich in der Debatte zahllose antisemitische und anti-muslimische Stereotype Bahn.

37 Empirische Forschungen zeigen, dass in anderen Fällen eine solche „Übersetzung“ religiöser Argumente in säkulares Vokabular durchaus gelingen kann (vgl. Bächtiger et al. 2013).

kurrenz von Versuchen, bestimmte Objekte einem Sprachspiel zuzuordnen. Politisierung verstanden als Übergang hin zu einer Auseinandersetzung darüber, welches Sprachspiel überhaupt angemessen ist und welche Art von Argumenten daher überhaupt Gültigkeit beanspruchen können, muss nicht automatisch eine Blockade oder ein Ende der Deliberation bedeuten. In der Tat sind Fälle denkbar, in denen im Prozess der Deliberation ein Meta-Konsens dahingehend erzielt werden kann, welche Arten von Argumenten zulässig sind.

Analog zu den Sprachspielen lassen sich entsprechende Strategien des jeweiligen *framings* unterscheiden. Diese sind aus der wissenschaftlichen Perspektive ganz wertneutral zu beschreiben, auch wenn die alltagssprachliche Benennung negative Konnotationen aufruft. Die *Naturalisierung* in S1 versucht, politisch strittige Themen durch eine (pseudo-)wissenschaftliche Deutung der Auseinandersetzung zu entziehen (zum Beispiel „Frauen sind halt von Natur aus anders.“).³⁸ Die *Technisierung/Ökonomisierung* (oder *Pragmatisierung*) lässt die Kontingenz der Zielsetzungen hinter expertokratischer Expertise verschwinden (zum Beispiel „Wir sollten x tun, um das Wachstum anzukurbeln.“). Die *Ethisierung* rechtfertigt politische Präferenzen mit Verweisen auf Traditionen oder Weltbilder (zum Beispiel „Die Homo-Ehe passt nicht ins jüdisch-christliche Abendland.“). Die *Moralisierung* überbietet alle anderen Argumente mit moralischem Rigorismus (Gefahr der Gesinnungsethik). Die *Verrechtlichung* lässt politische Kontingenz hinter rechtlichen Normen verschwinden (zum Beispiel „Direkte Demokratie lässt das Grundgesetz nicht zu.“). Eine *Überblendung in ein distributives Sprachspiel* findet statt, wenn rein distributive Kriterien an Objekte angelegt werden, die eigentlich nach anderen Kriterien zu verteilen wären (zum Beispiel wenn über Forschungsanträge paritätisch verhandelt wird: „Wir brauchen noch eine Exzellenz-Uni in Ostdeutschland.“). Dieser letzte Mechanismus wird meist umgangssprachlich als Politisierung bezeichnet.³⁹ Alle diese Strategien können je nach Perspektive oder politischer Präferenz als angemessen oder unangemessen empfunden werden – die politische Meta-Grammatik bleibt hier immer umstritten.⁴⁰ Dass die Wahl des Sprachspiels immer auch der Verfolgung spezifischer Interessen dienen kann, ist aus dieser Sicht zugestanden. Nicht immer muss die Wahl eines Sprachspiels eine *auf-richtige* These über den Charakter des verhandelten Gegenstandes formulieren. So können handfeste Interessen auch in moralisierenden Sprachäußerungen verborgen werden. Gerade weil es keinen Beobachterstandpunkt außerhalb des Politischen gibt, von dem aus entschieden werden könnte, welches Sprachspiel *tatsächlich* angemessen ist, ist der politische Streit um die Wahl des richtigen Sprachspiels intensiv und offen.

38 Diese Strategie ist das eigentliche Objekt dekonstruktiver Verfahren bei Foucault oder Derrida.

39 Ergänzend ließe sich eine Strategie der *Ästhetisierung* beschreiben. Dem späten Foucault ist beispielsweise vorgeworfen worden, moralische und ethische Fragen durch eine Ästhetisierung aufzulösen (Postmodernes *Self-fashioning* als Dandytum; vgl. Foucault 2007).

40 Es ist daher in demokratischen Öffentlichkeiten ganz normal, dass auf die Frage „What are we talking about?“ keine konsensuale Antwort gegeben wird. Solange die politische Meta-Grammatik nicht völlig kollabiert (Abbruch der Deliberation), ist dieser Normalfall ein Signum lebendiger Deliberation. Dies bedeutet aber nicht, dass Überblendungen beliebig möglich wären. Der Grammatik des politischen Meta-Sprachspiels widersprechen tendenziell bestimmte Kombinationen. So wird man mehrheitlich die Abtreibungsfrage oder die Sprachenpolitik in der Schweiz nicht in einem ökonomischen Sprachspiel behandeln wollen.

Auch ist anzunehmen, dass je nach Ausgangs- und Ziel-Sprachspiel die Strategien verschieden erfolgreich sind.⁴¹ Das Sprachspiel der Politik verhält sich dann gewissermaßen sekundär zu den anderen Sprachspielen: *Politisierung* besteht dann darin, die Frage des Sprachspiels verhandelbar zu machen, entsprechende Strategien zu beobachten, zu bewerten oder selbst zu betreiben. Je nach Situation und Kontext werden Tatsachenbehauptungen, Klugheitserwägungen, moralische Grundsätze, ethische Ziele oder rechtliche Grenzen aufgeboten, um einer Position Plausibilität zu verleihen.

Ein Aufeinanderprallen verschiedener Sprachspiele kann in einem politischen Prozess durchaus auch konstruktiv verlaufen, nämlich dann, wenn die Akteure in der Perspektivenübernahme so weit gehen, auch die Beschreibung in einem alternativen vorgeschlagenen Sprachspiel auf ihre Angemessenheit zu prüfen. Die Geltungsbedingungen von Argumenten würden sich in diesem Fall in einem Prozess verändern, weil sich beispielsweise herausstellt, dass ein vermeintlich rein moralisches Problem in Wirklichkeit einen Interessenskonflikt darstellt, der distributiv zu diskutieren ist.

5. Perspektiven: Ein Discourse Content Index

Die zentrale Hypothese zur Verknüpfung dieser Heuristik mit der Deliberationsforschung lautet: *Die Wahl eines (inhaltlich bestimmten) Sprachspiels impliziert (in fast allen Fällen) einen (formalen) Deliberationstyp.* Für die Deliberationsforschung ergibt sich dann die Frage, inwiefern nicht nur die institutionellen Rahmensetzungen für die Wahl der Modi und den Verlauf von Deliberationsprozessen relevant sind. Es sind auch die Themen der Deliberation, die zum Konflikt von Sprachspielen und damit zum Scheitern von Deliberation beitragen: *Content does matter.* Nicht die Fragen der Gruppenzusammensetzung (heterogen oder homogen), nicht die Frage von Anonymität oder Öffentlichkeit, nicht die Frage der Anwesenheit von Moderatoren oder Experten allein dürften entscheidend sein.

Nun stellt die These, dass die „Objekte“ der Deliberation nicht unvermittelt gegeben sind, für die Deliberationsforschung natürlich ein Problem dar: Es gibt keinen „view from nowhere“, von dem aus sich entscheiden ließe, worüber *eigentlich* deliberiert wird.⁴² Die einzig plausible Art mit diesem Problem umzugehen, besteht darin, eine *nominalistische* Position einzunehmen: Wenn Deliberationsteilnehmer von sich behaupten, moralische Argumente vorzubringen, sind diese Argumente als moralisch zu betrachten. Die empirische Deliberationsforschung kann folglich eine Codierung leisten, indem sie nach der Art von Sprachspielen fragt, die in den beobachteten Prozessen zur Anwendung kommen. Dass dies technisch möglich ist, zeigen viele Studien (vgl. zum Beispiel Bächtiger et al. 2013). Weniger als die soziale Homogenität von Gruppen könnte sich dann die Homogenität bzw. mögliche Konkordanz von verwendeten Sprachspielen als relevant erweisen. Ob ein Deliberationsprozess tatsächlich die epistemische Qualität der Entscheidungen erhöht, dürfte damit zusammenhängen, ob unter den Teilnehmern ein Konsens dahingehend besteht, welches Sprachspiel dem Objekt überhaupt angemessen ist. Harte Tarifverhand-

41 Eine ethische These in eine moralische zu übersetzen, dürfte im Falle universalistischer ausgerichteter Ethiken einfach sein. Diesen Sonderfall hat nach meiner Einschätzung Habermas vor Augen, wenn er von „Übersetzung“ religiöser Offenbarungen in politische Argumente spricht.

42 Wollte die Deliberationsforschung diese Frage beantworten, würde sie selbst politisch.

lungen können produktiv sein und gelingen, weil und wenn beide Seiten mit der Annahme in den Prozess gehen, dass moralische Vorwürfe fehl am Platze sind. Debatten über Infrastrukturprojekte eskalieren offenbar tendenziell dann, wenn an Stelle eines pragmatischen Sprachspiels (Was ist die beste Lösung?) plötzlich eine Debatte über konkurrierende Lebensentwürfe entbrennt (wollen wir Entschleunigung oder Dynamik?). Umgekehrt können selbst Wertediskurse produktiv sein, wenn eingangs deutlich wurde, dass ein (pseudo-)wissenschaftlicher Verweis auf „unbestreitbare Tatsachen“ nur als Irritation empfunden wird. Eine von der empirischen Deliberationsforschung zu klärende Frage wäre folglich, inwiefern neben dem institutionellen Setting von Deliberationsprozessen vor allem die Pluralität, Heterogenität, Konkordanz oder Konkurrenz von Sprachspielen für den Erfolg verantwortlich ist.

Die Idee der Sequenzialisierung von Deliberationsprozessen gewinnt in diesem Kontext in veränderter Form neue Relevanz. Denn in einem idealen Deliberationsprozess müssten die verschiedenen Sprachspiele *nacheinander* zur Anwendung kommen. Von der Definition kollektiver Ziele (sei es in Form von ethischen Werten (S3) oder moralischen Normen (S4)), über die quasi-wissenschaftliche Analyse des Ist-Zustands („joint fact-finding“ (S1)), über die Suche nach der besten Lösung (S2) bis zur Einschränkung durch juristische Normen (S5). Entscheidend wäre aus dieser Sicht, die einzelnen Sequenzen eines Deliberationsprozesses klar zu trennen. Gerade dies ist in der Regel in einer unmoderierten politischen Debatte nicht der Fall, wo mit dem Verweis auf Fakten Werturteile insinuiert werden oder Wertentscheidungen hinter expertokratisch geführten, pragmatischen Argumentationen unsichtbar gemacht werden.⁴³ Geschulte Moderatorinnen und Moderatoren müssten auf Basis der Heuristik auf die Frage „What are we talking about?“ hingehen eine präzisere Antwort geben können.

Eine solche Sequenzialisierung kann natürlich den Streit um die Wahl des richtigen Sprachspiels nicht zum Verschwinden bringen – denn dies würde letztlich das Ende des Politischen bedeuten. In der Tat muss in vielen Fällen mit einem unauflösbaren Widerstreit (im Sinne Lyotards) bezüglich des richtigen Sprachspiels gerechnet werden. Denn in letzter Konsequenz drücken sich in der Wahl des Sprachspiels und der damit implizierten These über den Charakter des zu erhandelnden Gegenstandes auch weltanschauliche Differenzen aus, die in einer pluralistischen Gesellschaft nicht verschwinden werden.

Konkret ergibt sich für die praktische Organisation und Durchführung von Deliberationsprozessen aus dieser Perspektive der Vorschlag, mit den Teilnehmern von Deliberationsprozessen die verschiedenen Sprachspiele explizit zu reflektieren. Die Eskalation in Deliberationsprozessen wäre nach dieser Hypothese dann am größten, wenn konkurrierende Sprachspiele – wie im Falle der deutschen Debatte über die Knabenbeschneidung – *unreflektiert* aufeinander prallen. Das Modell der Sprachspiele kann daher die Frage, warum sich welche Sprachspiele durchsetzen und wann ein Zusammenprall konkurrierender Sprachspiele produktiv ist, wann nur hemmend, nicht beantworten. Das Modell macht diese Themen aber in einem transparenten Vokabular beschreibbar und kann dazu beitragen, die empirischen Daten systematisch nach Korrelationen zu untersuchen.

Für die empirische Deliberationsforschung ergibt sich perspektivisch die Aufgabe, einen *Discourse Content Index (DCI)* zu entwickeln. Dieser DCI müsste die Sprechakte in

43 Ein häufig diskutiertes Beispiel für diesen letztgenannten Effekt ist der Indikator des BIP, dessen Steigerung meist technokratisch angestrebt wird, während die Kritiker zu zeigen versuchen, dass das Ziel eines hohen BIP selbst eine kontingente Wertentscheidung darstellt, die spezifische Kosten verursacht.

Deliberationsprozessen nach jenen Zuordnungen kodieren, die die Sprecher selbst wählen. In der Regel dürften diese *diskursiven Selbstmarkierungen* relativ gut zuzuordnen sein, denn entsprechende Marker werden sehr häufig benutzt. Eine derartige Durchdringung eines Deliberationsprozesses nach Inhalten würde wichtige Fragen zu beantworten helfen. Es ließen sich reale Deliberationsprozesse mit dem Modell eines logischen Aufbaus von Entscheidungsfindungen vergleichen. Wie stark weichen reale Deliberationsprozesse von diesem Modell ab? Wie stark korreliert die Abweichung mit dem Scheitern von Deliberationsprozessen? Lässt sich womöglich ein Zusammenhang zwischen der Qualität eines Deliberationsprozesses und der erfolgreichen Sequenzialisierung (inhaltlicher Art) nachweisen? Der DCI ließe sich mit dem *Discourse Quality Index (DQI)* in Relation setzen: Wie verhalten sich Inhalt und Qualität von Deliberation zueinander? Ein Abgleich mit dem DQI könnte veranschaulichen, so eine erste tentative Hypothese, dass Deliberationsprozesse dann an Qualität einbüßen, wenn zu viele verschiedene und konkurrierende Sprachspiele zur Anwendung kommen, die Deliberation also im genannten Sinne hochgradig politisiert ist. Dieser Ausblick soll andeuten, welche Potenziale in einer systematischen Unterscheidung von Sprachspielen liegen. Womöglich können so andere Gelingensbedingungen von Deliberationsprozessen in den Fokus rücken, deren Verständnis sich auch in der Praxis anwenden lässt.

Literatur

- Ackerman, Bruce A. / Fishkin, James S., 2004: *Deliberation Day*, New Haven, CT.
- Bächtiger, André / Spörndli, Markus / Steiner, Jürg, 2000: *Discourse Quality Index (DQI) – Instructions for Coders*, Universität Bern.
- Bächtiger, André / Tschentscher, Axel, 2007: *Deliberative Demokratie zwischen Faktizität und Geltung*. In: Paolo Becchi / Christoph Beat / Michele Luminati (Hg.), *Interdisziplinäre Wege in der juristischen Grundlagenforschung*, Zürich, 99–121.
- Bächtiger, André / Pedrini, Seraina / Ryser, Mirjam, 2010a: *Prozessanalyse politischer Entscheidungen. Deliberative Standards, Diskurstypen und Sequenzialisierung*. In: Joachim Behnke / Thomas Bräuninger / Susumu Shikano (Hg.), *Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie*. Band 6: *Schwerpunkt neuere Entwicklungen des Konzepts der Rationalität und ihre Anwendungen*, Wiesbaden, 193–226.
- Bächtiger, André / Niemeyer, Simon / Neblo, Michael / Steenbergen, Marco R. / Steiner, Jürg, 2010b: *Symposium: Toward More Realistic Models of Deliberative Democracy. Disentangling Diversity in Deliberative Democracy: Competing Theories, Their Blind Spots and Complementarities*. In: *The Journal of Political Philosophy* 18 (1), 32–63. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9760.2009.00342.x>
- Bächtiger, André / Könemann, Judith / Jödicke, Ansgar / Hangartner Dominik (mit Roger Husstein, Melanie Zurlinden, Seraina Pedrini, Mirjam Cranmer und Kathrin Schwaller), 2013: *Religious reasons in the public sphere: an empirical study of religious actors' argumentative patterns in Swiss direct-democratic campaigns*. In: *European Political Science Review* 5, 105–131.
- Bara, Judith Weale Albert / Biquelet, Aude, 2007: *Analysing Parliamentary Debate with Computer Assistance*. In: *Swiss Political Science Review* 13 (4), 577–606. <https://doi.org/10.1002/j.1662-6370.2007.tb00090.x>
- Barabas, Jason, 2004: *How Deliberation Affects Policy Opinions*. In: *American Political Science Review* 98 (4), 687–701. <https://doi.org/10.1017/S0003055404041425>
- Benhabib, Seyla, 1994: *Deliberative Rationality and Models of Democratic Legitimacy*. In: *Constellations* 1 (1), 26–52. <https://doi.org/10.1111/j.1467-8675.1994.tb00003.x>
- Benhabib, Seyla, 1996: *Toward a Deliberative Model of Democracy*. In: Seyla Benhabib (Hg.), *Democracy and Difference: Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton, NJ, 67–94.

- Beste, Simon, 2015a: Studying dynamics of content and form in discourses. Evidence from an exploratory study of US legislative discourse on American-Iraqi relations 1995–2012. In: *Acta Politica* (2016) 51, 346–371. doi:10.1057/ap.2015.18
- Beste, Simon, 2015b: Legislative frame representation. Toward an empirical account of the deliberative systems approach, unveröffentlichtes Manuskript.
- Bohman, James, 1996: *Public Deliberation. Pluralism, Complexity and Democracy*, Cambridge, MA.
- Bohman, James, 1998: The Coming of Age of Deliberative Democracy. In: *The Journal of Political Philosophy* 6 (4), 400–425. https://doi.org/10.1111/1467-9760.00061
- Chambers, Simone, 2004: Behind Closed Doors. Publicity, Secrecy, and the Quality of Deliberation. In: *The Journal of Political Philosophy* 12 (4), 389–410. https://doi.org/10.1111/j.1467-9760.2004.00206.x
- Chambers, Simone, 2005: Measuring Publicity's Effect: Reconciling Empirical Research and Normative Theory. In: *Acta Politica* 40 (3), 255–266. https://doi.org/10.1057/palgrave.ap.5500104
- Chong, Dennis / Druckman, James F., 2007: Framing Theory. In: *Annual Review of Political Science* 10, 103–126. https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.10.072805.103054
- Derrida, Jacques / Gadamer, Hans Georg, 2004: *Der ununterbrochene Dialog*, Frankfurt (Main).
- Dryzek, John, 2000: *Deliberative Democracy and Beyond: Liberals, Critics, Contestations*, Oxford, UK / New York, NY.
- Dworkin, Ronald, 2012: *Gerechtigkeit für Igel*, Berlin.
- Elster, Jon, 1986: The Market and the Forum: Three Varieties of Political Theory. In: Jon Elster (Hg.), *Foundations of Social Choice Theory*, Cambridge, 103–132.
- Fishkin, James S., 1995: *The Voice of the People: Public Opinion and Democracy*, New Haven.
- Fishkin, James S. / Luskin, Robert C., 2005: Experimenting with a Democratic Ideal: Deliberative Polling and Public Opinion. In: *Acta Politica* 40 (3), 284–299. https://doi.org/10.1057/palgrave.ap.5500121
- Flügel-Martinsen, Oliver / Gaus, Daniel / Hitzel-Cassagnes, Tanja / Martinsen, Franziska, 2014 (Hg.): *Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation*. Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns, Wiesbaden.
- Flügel-Martinsen, Oliver, 2013: Demokratie und Dissens. Zur Kritik konsenstheoretischer Prämissen der deliberativen Demokratietheorie. In: Hubertus Buchstein (Hg.), *Die Versprechen der Demokratie*, Baden-Baden, 333–346.
- Forst, Rainer, 1994: *Kontexte der Gerechtigkeit. Politische Philosophie jenseits von Liberalismus und Kommunitarismus*, Frankfurt (Main).
- Foucault, Michel, 2007: *Ästhetik der Existenz: Schriften zur Lebenskunst*, hrsg. von Daniel Defert und François Ewald, Frankfurt (Main).
- Fuchs, Dieter, 2014: Empirische Deliberationsforschung – eine kritische Diskussion. In: Claudia Landwehr / Rainer Schmalz-Bruns (Hg.), *Deliberative Demokratie in der Diskussion: Herausforderungen, Bewährungsproben, Kritik*, Baden-Baden, 169–201. https://doi.org/10.5771/9783845257129_167
- Gastil, John / Levine, Peter, 2005: *The Deliberative Democracy Handbook: Strategies for Effective Civic Engagement in the Twenty-First Century*, San Francisco.
- Gerhards, Jürgen / Neidhard, Friedhelm / Rucht, Dieter, 1998: *Zwischen Palaver und Diskurs*, Wiesbaden.
- Gutman, Amy / Thompson, Dennis F., 1996: *Democracy and Disagreement*, London / Cambridge, MA.
- Gutman, Amy, 2004: *Why Deliberative Democracy?*, Princeton, NJ. https://doi.org/10.1515/9781400826339
- Habermas, Jürgen, 1992: Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 1999: Vom pragmatischen, ethischen und moralischen Gebrauch der praktischen Vernunft. In: Ders. (Hg.), *Erläuterungen zur Diskursethik*, Frankfurt (Main), 100–118.
- Habermas, Jürgen, 2004: *Wahrheit und Rechtfertigung*. Erweiterte Auflage, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 2005a: Religion und Öffentlichkeit. Kognitive Voraussetzungen für den ‚öffentlichen Vernunftgebrauch‘ religiöser und säkularer Bürger. In: Ders. (Hg.), *Zwischen Naturalismus und Religion: Philosophische Aufsätze*, Frankfurt (Main), 119–153.
- Habermas, Jürgen, 2005b: Zur Architektur der Diskursdifferenzierung: Kleine Replik auf eine große Auseinandersetzung. In: Ders. (Hg.), *Zwischen Naturalismus und Religion: Philosophische Aufsätze*, Frankfurt (Main), 84–104.
- Habermas, Jürgen, 2008: Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie. In: Ders., Ach, Europa. *Kleine Politische Schriften XI*, Frankfurt (Main), 138–191.

- Heidenreich, Felix, 2012: Theorien der Gerechtigkeit, Opladen.
- Heidenreich, Felix, 2015: Politik der Wahrheit, Wahrheit der Politik. Was ist neu am »Neuen Realismus«? In: *Philosophische Rundschau* 62 (3), 225–242.
- Heyes, Cressida J., 2003 (Hg.): *The Grammar of Politics*. Wittgenstein and Political Philosophy, Ithaca / London.
- Holzinger, Katharina / Reinhard, Janine / Biesenbender, Jan, 2014: Do arguments matter? Argumentation and negotiation success at the 1997 Amsterdam Intergovernmental Conference. In: *European Political Science Review* 6 (2), 283–307. <https://doi.org/10.1017/S1755773913000064>
- Knill, Christoph / Heichel, Stefan / Preidel, Caroline / Nebel, Kerstin, 2015 (Hg.): *Moralpolitik in Deutschland*. Staatliche Regulierung gesellschaftlicher Wertekonflikte im historischen und internationalen Vergleich, Wiesbaden.
- Landwehr, Claudia, 2010: Discourse and Coordination: Modes of Interaction and their Roles in Political Decision-Making. In: *The Journal of Political Philosophy* 18 (1), 101–122. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9760.2009.00350.x>
- Landwehr, Claudia / Holzinger, Katharina, 2010: Institutional Determinants of Deliberative Interaction. In: *European Political Science Review* 2, 373–400. <https://doi.org/10.1017/S1755773910000226>
- Lowi, Theodore J., 1972: Four systems of policy, politics, and choice. In: *Public Administration Review*, 298–310. <https://doi.org/10.2307/974990>
- Luhmann, Niklas, 1993, *Wirtschaftsethik – als Ethik?* In: Wieland, Josef (Hg.), *Wirtschaftsethik und Theorie der Gesellschaft*, Frankfurt (Main), 134–147.
- Lütterfelds, Wilhelm / Roser, Andreas (Hg.), 1999: *Der Konflikt der Lebensformen in Wittgensteins Philosophie der Sprache*, Frankfurt (Main).
- Mansbridge, Jane / Bohman, James / Chambers, Simone / Estlund, David / Føllesdal, Andreas / Fung, Archon / Lafont, Cristina / Manin, Bernard / Martí, José L., 2010: The Place of Self-interest and the Role of Power in Deliberative Democracy. In: *Journal of Political Philosophy* 18 (1), 64–100. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9760.2009.00344.x>
- Mendelberg, Tali, 2002: The Deliberative Citizen: Theory and Evidence. In: Michael X. Delli Carpini / Leonie Huddy / Robert Y. Shapiro (Hg.), *Research in Micropolitics 6: Political Decision-Making, Deliberation and Participation*, Greenwich, 151–193.
- Mendelberg, Tali, 2007: How People Deliberate about Justice. Groups, Gender, and Decision Rules. In: Shawn Rosenberg (Hg.), *Deliberation, Participation and Democracy: Can the People Govern?*, Basingstoke, 101–129. https://doi.org/10.1057/9780230591080_6
- Mulhall, Stephen, 2007: *Wittgenstein's Private Language: Grammar, Nonsense and Imagination in Philosophical Investigations*, §§ 243–315, Oxford, UK / New York, NY.
- Mutz, Diana Carole, 2008: Is Deliberative Theory a Falsifiable Theory? In: *Annual Review of Political Sciences* 11, 521–538. <https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.11.081306.070308>
- Neblo, Michael A. / Esterling, Kevin M. / Kennedy, Ryan P. / Lazer, David M.J. / Sokhey, Anand E., 2010: Who wants to deliberate and why? In: *American Political Science Review* 104 (3), 566–583. <https://doi.org/10.1017/S0003055410000298>
- Niesen, Peter, 2014: Was heißt Deliberation? Eine theoriegeschichtliche Betrachtung. In: Flügel-Martinsen, Oliver / Gaus, Daniel / Hitzel-Cassagnes, Tanja / Martinsen, Franziska (Hg.), *Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation*. Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns, Wiesbaden, 49–71. https://doi.org/10.1007/978-3-658-02860-2_3
- Nonhoff, Martin / Herschinger, Eva / Angermüller, Johannes / Macgilchrist, Felicitas / Reisinger, Martin / Wedl, Juliette / Wrana, Daniel / Ziem, Alexander, 2014 (Hg.): *Diskursforschung Band 2*, Bielefeld.
- Peters, Bernhard, 1993: *Die Integration moderner Gesellschaften*, Frankfurt (Main).
- Peters, Bernhard, 2007: *Der Sinn von Öffentlichkeit*, Frankfurt (Main).
- Peters, Guy B., 2006: The Problem of Policy Problems. In: *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice* 4, 349–370.
- Pitkin, Hanna F., 1972: *Wittgenstein and Justice: On the Significance of Ludwig Wittgenstein for Social and Political Thought*, Berkeley / Los Angeles / London.
- Porsché, Yannik, 2014: Der ‚Bologna-Prozess‘ als Wissensterritorium. Eine Kontextualisierungsanalyse. In: Martin Nonhoff / Eva Herschinger / Johannes Angermüller / Felicitas Macgilchrist / Martin Rei-

- sigl / Julietta Wedl / Daniel Wrana / Alexander Ziem (Hg.), Diskursforschung Band 2, Bielefeld, 379–403. <https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427224.1067>
- Rosenberg, Shawn, 2007 (Hg.): *Deliberation, Participation and Democracy: Can the People Govern?*, Basingstoke.
- Saretzki, Thomas, 2014: Deliberative Politik und demokratische Legitimität. Perspektiven der Kritik zwischen empirischer Deliberationsforschung und reflexiver Demokratie. In: Oliver Flügel-Martinsen / Daniel Gaus / Tanja Hitzel-Cassagnes / Franziska Martinsen (Hg.), *Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation*. Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns, Wiesbaden, 24–48. https://doi.org/10.1007/978-3-658-02860-2_2
- Schaal, Gary S. / Ritzi, Claudia, 2009: *Empirische Deliberationsforschung*, Köln.
- Schaal, Gary S. / Roger, Léa, 2013: The Quality of Deliberation in Two Committees of the European Parliament: The Neglected Influence of the Situational Context and the Policymaking Stage. In: *Politics and Governance* 1/2, 151–169.
- Schaal, Gary S. / Heidenreich, Felix, 2007: Quality versus Equality? Liberale und deliberative Ideale politischer Gleichheit. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 36 (1), 23–38.
- Steenbergen, Marco R. / Bächtiger, André / Spörndli, Markus / Steiner, Jürg, 2003: Measuring Political Deliberation: A Discourse Quality Index. In: *Comparative European Politics* 1 (1), 21–48. <https://doi.org/10.1057/palgrave.cep.6110002>
- Steiner, Jürg / Bächtiger, André / Spörndli, Markus / Steenbergen, Marco R., 2005: *Deliberative Politics in Action: Analyzing Parliamentary Discourse*, Cambridge, UK / New York, NY.
- Steiner, Jürg, 2012: *The Foundations of Deliberative Democracy. Empirical Research and Normative Implications*, Cambridge. <https://doi.org/10.1017/CBO9781139057486>
- Steiner, Jürg, 2008: Concept Stretching. The Case of Deliberation. In: *European Political Science* 7 (1), 186–190. <https://doi.org/10.1057/palgrave.eps.2210186>
- Sunstein, Cass R., 1991: Preferences and Politics. In: *Philosophy and Public Affairs* 20 (1), 3–34.
- Sunstein, Cass, 2003: The Law of Group Polarization. In: James S. Fishkin / Peter Laslett (Hg.), *Debating Deliberative Democracy*, Oxford, UK / Malden, MA, 80–101. <https://doi.org/10.1002/9780470690734.ch4>
- Thompson, Dennis F., 2008: Deliberative Democratic Theory and Empirical Political Science. In: *Annual Review of Political Sciences* 11, 497–520. <https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.11.081306.070555>
- Wennerberg, Hjalmar, 2011: Der Begriff der Familienähnlichkeit in Wittgensteins Spätphilosophie. In: Eike von Savigny (Hg.), *Ludwig Wittgenstein, Philosophische Untersuchungen*, 2. Auflage, Berlin, 33–61. <https://doi.org/10.1524/9783050056913.33>
- Wittgenstein, Ludwig, 1960: *Tractatus logico-philosophicus / Tagebücher 1914–1916 / Philosophische Untersuchungen*, Frankfurt (Main).
- Wittgenstein, Ludwig, 1984a: *Philosophische Grammatik*, Frankfurt (Main).
- Wittgenstein, Ludwig, 1984b: *Über Gewißheit*, Frankfurt (Main).
- Wittgenstein, Ludwig, 2005: *Vorlesungen und Gespräche über Ästhetik, Psychoanalyse und religiösen Glauben*, Frankfurt (Main).
- Young, Iris Marion, 2000: *Inclusion and Democracy*, Oxford.
- Young, Iris Marion, 2001: Activist Challenges to Deliberative Democracy. In: *Political Theory* 29 (5), 670–690. <https://doi.org/10.1177/0090591701029005004>